

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Breslau b. Emil Kabath.

# Posener Zeitung.

Einundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Annahme-Bureau**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wiesbaden,  
bei G. T. Daube & Co.,  
Hauptstadt & Bagler,  
Kudolph Hofz.  
In Berlin, Dresden, Orlitz  
beim „Invalidendank“.

Nr. 151.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal  
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reichs an.

Freitag, 1. März  
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren  
Raum, Reklamen die Zeile 50 Pf., sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro  
Monat März werden bei allen Postanstalten  
zum Preise von 1 Mark 82 Pf., sowie von  
sämtlichen Distributoren und der unter-  
zeichneten Expedition zum Betrage von 1 M.  
50 Pfg., entgegengenommen, worauf wir  
hierdurch ergebenst aufmerksam machen.**  
**Expedition der Posener Zeitung.**

## Zur inneren Lage.

Die neueste Nummer der halbamtlichen „Prov. Korresp.“ bringt eine „die Steuervorlagen im Reichstag“ betitelte Uebersicht über die diesbezüglich geführten Verhandlungen, welche sie so einleitet:

Der Reichstag hat sich am Freitag und Sonnabend voriger Woche mit der ersten Beratung der Steuervorlagen beschäftigt, welche nach anscheinendem Einverständnis aller der Regierung nahe stehenden Parteien eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Reichs- politik in der diesmaligen Session bilden sollten. Nach dem Gange, welchen die Behandlung der wichtigen Fragen bisher genommen hat, scheint es jedoch nicht, daß die auf die Session gesetzten Hoffnungen in dieser Beziehung in Erfüllung gehen sollen.

Das Blatt legt nun die Stellung, welche die Regierungsbereiter bei den Verhandlungen eingenommen haben, im Zusammenhange dar und präsirt am Schluß das Resultat in folgenden Sätzen, deren Bedeutung von dem halbamtlichen Organ durch gesperrten Druck hervorgehoben wird:

Die Verhandlung im Reichstage schloß mit der Ueberweisung der Vorlagen an die Budget-Kommission, womit die Behandlung der Entwürfe als eines Schrittes zu einer umfassenden Steuerreform von vorn herein abgeschlossen ist. Der letzte Redner, von der nationalliberalen Partei, erkannte unüberhoben den rein negativen Charakter der zweitägigen Verhandlungen an und wies darauf hin, daß die Versammlung mit gedrückter Stimmung aus dieser Beratung hervorgehe. Während der Reichstags-Session die Ordnung der Finanzen verhältnißmäßig des Reichs auf dem von ihm in Aussicht genommenen Wege als sein letztes hohes Ziel bezeichnet hatte, wurde ihm von der liberalen Partei als letztes Wort die Forderung einer sogenannten konstitutionellen Steuerpolitik und eines konstitutionellen Reichs-Ministeriums entgegengestellt. Die Auseinandersetzungen, welche sich an diesen Gegenständen knüpfen müssen, dürften bei der bevorstehenden Beratung über die Stellvertretungsvorlage ihren Ausdruck finden. Die Fragen und die Parteistellungen, um welche es sich dabei handelt, sind für die gesamte innere Entwicklung von entscheidender Bedeutung.

Die „Nat.-Ztg.“ meint, einseitiger, „um nicht einen bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen, können die merkwürdigen Vorgänge nicht charakterisiert werden, als hier von dem halbamtlichen Organ geschieht. Die Auffassung der nationalliberalen Partei ist von dem Abgeordneten von Stauffenberg in ausführlicher Rede dargelegt worden; für welche Zwecke eine Darstellung berechnet ist, welche einzelne Worte aus einer Rede herausreißt, sie noch nicht einmal textgetreu zitiert und dann zum Mittelpunkt der Verhandlung macht, ist uns zur Zeit noch unerklärlich.“

Zugleich erscheint die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit einer offiziellen Erklärung, welche den Nationalliberalen klar machen soll, daß sie an dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Fürsten Bismarck schuld seien. Sie hätten vorher wissen sollen, daß er ein unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht nicht zugestehen würde und vorher diese Forderung als unerlässliche Bedingung der Verständigung bezeichnen sollen. Der Artikel lautet:

Die nationalliberalen und fortschrittlichen Blätter befehlen sich, die Kombination eines Eintritts nationalliberaler Abgeordneten in die Regierung, welche seit Monaten so vielfach besprochen worden, nunmehr und zwar auf Grund der letzten Steuerdebatte gescheitert darzustellen. Man wird aus diesem Ausgange zunächst den Schluß zu ziehen haben, daß die betreffenden Verabredungen niemals so weit gediehen sein können, wie man sich den Schein gegeben hat, und daß auf nationalliberaler Seite jedenfalls über die Vorbedingungen der betreffenden Kombination ein schwerer Irrthum geherrscht haben muß. Wir haben vor dem Beginn der Steuerdebatten darauf hingewiesen, daß die Besprechungen und Voraussetzungen der nationalliberalen Blätter über die von den Debatten zu erwartende Klärung der Lage einen wichtigen Punkt, offenbar den Hauptpunkt, außer Acht ließen. Es war nämlich in den bezüglichen Ausführungen niemals die Rede von der unerlässlichen Einigkeit der nationalliberalen Partei über ein positives Ziel der Steuer-Reform. Es bedarf keiner Mühe, um zu erkennen, daß die Debatten, wie sie am Freitag und Sonnabend voriger Woche von den liberalen Parteien geführt worden, einen lediglich negativen Charakter hatten, denn die drei Hauptthesen, welche jetzt als angeblich positive Forderungen in den Vordergrund gestellt worden: eine Vermehrung der Reichs-Einnahmen, sogenannte konstitutionelle Garantien, d. h. Einführung des unbeschränkten Steuerbewilligungsrechts in den Einzelstaaten und Organisation der Reichsbehörden, d. h. Einführung verantwortlicher Reichsministerien, — diese Punkte sind in ihrer Allgemeinheit nur scheinbar positiv. Was die Reichsregierung zu erwarten berechtigt war, ist etwas ganz Anderes. Man konnte voraussetzen, daß, falls die Regierungsvorlage über die Tabaksteuer abgelehnt werde, dann aber eine entschiedene Tendenz auf das Tabakmonopol, eine unzweideutige Erklärung zu Gunsten desselben hervortreten werde. Die

Außerungen des Reichskanzlers am Freitag ließen erkennen, wie sehr derselbe eine Gemeinschaft auf diesem Boden gewünscht und gehofft hat. Statt dessen trat ihm theils die entschiedenste Verneinung von Seiten des Fortschritts, theils eine völlige Zersplitterung von Seiten der Nationalliberalen entgegen. Daneben wurde gleichwohl die Forderung konstitutioneller Konzeptionen der tiefgehendsten Art festgehalten. Daß Fürst Bismarck ein unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht nicht zugestehen würde, noch zugestehen konnte, darüber dürften die Führer der liberalen Parteien doch schwerlich im Zweifel gewesen sein. Wäre diese Forderung als die unerlässliche Vorbedingung der Verständigung von Anfang an bezeichnet worden, so hätten alle Illusionen der letzten Wochen gar nicht aufkommen können.

Die „Nat. Lib. Corr.“ giebt auf diese Ausführungen bereits die Antwort. Sie erwidert zunächst, daß sich auf nationalliberaler Seite kein Mensch von irgendwie maßgebender Bedeutung einen „Schein“ gegeben hat, wie hier unterstellt wird, und was das Weitere betrifft, so wäre erst noch zu untersuchen, ob der schwere Irrthum über die Vorbedingungen der betreffenden Kombination nicht auf anderer Seite lag. Dann führt die „Nat. Lib. Corr.“ aus:

Auf alle Fälle ist der Wahrheit gemäß zu konstatieren, daß der Rücktritt von der „Kombination“ zuerst von nationalliberaler Seite erfolgt ist. Die sonstigen Bemühungen der „Nordd. Allg. Ztg.“, die Thatsachen — sagen wir: zu korrigieren, bedürfen Angesichts der erst eben vorgegangenen Ereignisse gar nicht der Widerlegung. Nur die wunderbare Naivität verdient bemerkt zu werden, daß der Reichstag sofort eine positive Erklärung über das Tabakmonopol hätte abgeben sollen. Was die Regierung, wenn der Reichstag die Tabaksteuervorlage ablehnte, billiger Weise von demselben erwarten konnte, war eine Erklärung, ob er die Besteuerung des Tabaks überhaupt als wesentliches Mittel zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs betrachte oder nicht. Diese Erklärung ist von der großen Mehrheit des Hauses mit wünschenswerthester Deutlichkeit in bejahendem Sinne abgegeben worden, und namentlich hat die nationalliberale Partei in diesem Punkte durchaus nicht die ihr vorgeworfene Zersplitterung gezeigt. Aber durch einen Akt der Ueberumpelung von einer Volksvertretung ein Votum über ein so kolossales Unternehmen wie die Einführung des Tabakmonopols zu fordern, ohne daß die Regierung über die Modalitäten desselben nähere Auskunft zu geben im Stande, ja ohne daß sie selbst über seine Durchführbarkeit außer Zweifel gewesen wäre — es wäre wahrlich mehr als überflüssig, eine politische Partei wegen Ablehnung einer solchen Zumuthung rechtsfertigen zu wollen. Wir begreifen, daß die „N. L. Z.“ keine Gelegenheit vorübergehen läßt, die nationalliberale Partei vor den Augen des Volkes im Unrecht zu setzen. Sie wird es aber zum mindesten sehr viel geschickter anfangen müssen.

Im übrigen verweist die „Nat. Lib. Corr.“ alle Mißbilligungen der „Kombination“ auf die nationalliberalen Blätter einer bestimmten Haltung im Reich zu. Die nationalliberale Partei, sagt sie, hat keinerlei Veranlassung, sich fortan auf eine Politik weder der „Rache“, wie man hier und da gesagt hat, noch auch nur des Schmollens zu verlegen. Sie hat mit Bedauern erklärt, daß sie unter den obwaltenden Umständen ihre Hand zu irgend welchen Engagements nicht zu bieten vermöge und ist damit bis auf Weiteres einfach in ihre bisherige Stellung einer vollständig unabhängigen Partei zurückgetreten. In dieser Stellung wird sie, wie stets, so auch in Zukunft die Regierung unterstützen, soweit sie es im Interesse des öffentlichen Wohls für zweckmäßig hält, und ihr entgegenzutreten, wo sie diese Ueberzeugung nicht zu gewinnen vermag. Daß ihre Kritik, was auch kommen möge, stets von voller Unbefangenheit und Sachlichkeit getragen sein wird, dafür haben die letzten Tage bereits zur Genüge den Beweis gebracht.“

Die Angriffe, welche am Dienstag im Reichstage aus dem Kreise der Zentrumsfraktion gegen den Reichskanzler gerichtet wurden, geben der halbamtlichen „Prov.-Korresp.“, so folgender durch gesperrten Druck hervorgehobenen Bemerkung Anlaß:

Dem neuen Basiste wird nach einigen Ankündigungen eine verführerische Gesinnung nachgerühmt, — mit wie viel Recht, wird sich zeigen müssen. Jedenfalls hat sich eine Rückwirkung dieser Gesinnung auf die Haltung der Zentrumsfraktion im Reichstage bisher fundgegeben. Die letzten Verhandlungen geben vielmehr erneutes Zeugniß davon, daß dieselbe parlamentarische Kampfes- und Redeweise, welche seit Jahren, in Uebereinstimmung mit dem Geist und Weilen der ultramontanen Presse, so viel zur Verbitterung und zur Schärfung der Gegensätze, weit über das in der Sache begründete Maß, beigetragen hat, ungeschwächt fortgesetzt wird, theilweise mit besonderer Vorliebe zu persönlich verletzenden Angriffen zugespitzt, zur Vergiftung aller Erörterungen, auch solcher, welche dem kirchlichen Kampfe durchaus fern liegen.

## Deutschland.

△ Berlin, 27. Februar. An der Konferenz im Ministerium des Innern, welche über die Einführung der Kreisordnung in der Provinz Posen in vorbereitender Weise zu berathen hat, nehmen außer dem Minister Dr. Friedenthal, dem Unterstaatssekretär Bitter und dem Referenten im Ministerium noch theil: der Oberpräsident von Posen G ü n t h e r, die Dirigenten der Abtheilung des Innern bei den Regierungen zu Posen und Bromberg, die Ober-Regierungsräthe v. M a s s e n b a c h und S a h n und die Landräthe Frhr. v. U n r u b e - B o m s t zu Wollstein, v. W i l l a m o w i k - R ö l l e n d o r f, früher in Inowrazlaw, Graf P o s a d o w s k i in K ö s e n und L i m a n in K e m p e n. Die Verhandlungen dürften bis Ende dieser Woche dauern. Im Laufe des nächsten Monats werden wahrscheinlich ähnliche Beratungen in Betreff der Provinz Schleswig-Holstein folgen.

△ Berlin, 27. Februar. Im Reichstage sind unlängst die Gesetzentwürfe über die Abänderung der Gewerbeordnung und über die Gewerbe gerichte zur Vertheilung gelangt. Der letztere bezweckt, für die Streitigkeiten, welche im gewerblichen Verkehr aus dem Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu entspringen

pflegen, eine in besonderem Maße des Vertrauens der betheiligten Kreise versicherte und besonders schnelle Rechtspflege zu schaffen. Sie sollen den Inhalt des § 108 der Gewerbeordnung, welcher durch den Entwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung befreit wird, ersetzen. Nach dem § 108 werden bekanntlich die fraglichen Streitigkeiten da, wo besondere Behörden für diese Angelegenheiten nicht bestehen, durch die Gemeindebehörde entschieden. Durch Ortsstatut können Schiedsgerichte mit der Entscheidung betraut werden. Dieselben sind durch die Gemeindebehörde unter gleichmäßiger Zuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bilden. Schon seit Jahren ist man allgemein einig darüber, daß diese Einrichtung der Absicht des Gesetzes nicht genügt hat. Bei Beantwortung der Frage, was an die Stelle der geltenden Bestimmungen gesetzt werden solle, geht der vorliegende Entwurf, wie die Motive ausführen, davon aus, daß das dem § 108 zu Grunde liegende Prinzip jedenfalls festgehalten werden müsse, und daß es nur darauf ankomme, dasselbe in einer den praktischen Bedürfnissen mehr entsprechenden Weise zur Anwendung zu bringen. Wenn es bei einer so geringen praktischen Bedeutung des § 108 geblieben ist, so liegt dies in der mangelhaften Durchbildung seiner Bestimmungen, nicht in einer Abneigung gegen den wichtigsten Gedanken desselben, wonach die Entscheidung über die Streitigkeiten gewerblicher Arbeiter mit ihren Arbeitgebern möglichst unter der Mitwirkung der Standesgenossen der streitenden Theile erfolgen solle. Die gewerblichen Kreise sind diesem Gedanken zugestimmt. Noch in den Erhebungen über die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter ist wiederholt betont worden, daß in Streitigkeiten der hier fraglichen Art die Betheiligten nur ungern an die ordentlichen Gerichte sich wenden und die Entscheidung durch eine in Angelegenheiten ihres Gewerbes sachverständige Instanz vorziehen. Nun hat die Gewerbeordnung eine solche Instanz in den gewerblichen Schiedsgerichten begründet. Allein sie hält gleichzeitig daran fest, daß die Entscheidung in den gewerblichen Streitigkeiten der Regel nach nicht vor diese Gerichte, sondern vor die Gemeindebehörden gehöre; die gewerblichen Schiedsgerichte sind dieser Gemeindegerichtsbarkeit gegenüber als die Ausnahme hingestellt. Nach der Auffassung des vorliegenden Entwurfs liegt dagegen der werthvolle sozialpolitische Kern der geltenden Vorschrift gerade in den letzteren Gerichten, während die Zuständigkeit der Gemeindebehörden nur eine Ausnahmefälle bildet, die manche Bedenken gegen sich hat, aber nach Lage der Verhältnisse nun einmal nicht ganz zu entbehren ist. Umgekehrt wie die Gewerbeordnung sucht der Entwurf daher jene Gerichte in den Vordergrund zu stellen, vor Allem ihre Einrichtung und ihr Verfahren zweckmäßig auszubilden; die Zuständigkeit der Gemeindebehörden läßt er nicht nur überhaupt zurücktreten, sondern schränkt sie auch ein auf solche Streitigkeiten, für welche ein dringendes Bedürfnis der Erledigung durch eine dem Streitfalle besonders nahestehende Instanz und in einem besonders einfachen und schnellen Verfahren unzweifelhaft anzuerkennen ist. Auf diese Weise sind die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs hauptsächlich der Ausführung des dem letzten Absatz des § 108 zu Grunde liegenden Gedankens gewidmet. Da in den durch den Entwurf vorgezeichneten Gerichten die Mitwirkung der aus den Standesgenossen der Parteien zu entnehmenden Beisitzer weder an sich, noch auch hinsichtlich der Auswahl der Personen für den einzelnen Fall von dem Willen der Parteien abhängig gemacht ist, so erscheint die Bezeichnung der Gerichte als „Schiedsgerichte“ nicht zutreffend. Der Entwurf hat deshalb auf diesen Namen verzichtet, wenngleich auch in seinem Sinne die Vermittelung unter den Parteien, mit Hilfe der den Beisitzern heimwohnenden Sachkunde und Autorität, die erste Aufgabe der Gerichte bleibt. — Die Angabe, als ob die nationalliberale Fraktion bereits heute die Stellvertretungsvorlage beraten habe, ist irrig; es wird dies erst am Sonnabend oder Sonntag geschehen.

— Das Abgeordnetenhaus tritt, wie uns gemeldet wird, Mitte März zu neuen Sitzungen zusammen.

— Im nächsten Monat wird der deutsche Anwaltstag zusammengetreten, um zum Entwurf einer deutschen Rechtsanwaltsordnung Stellung zu nehmen. Mit Bezug hierauf schreibt man der „Voss Ztg.“:

Es steht außer Zweifel, daß der Anwaltstag sich, wie im Jahre 1876, als er über die diesbezüglichen Beschlüsse der Reichsjustizkommission verhandelte, gegen die freie Advokatur schwer beeinträchtigende Forderungen der Anwaltschaft aussprechen wird, d. h. dagegen, daß die Zulassung zur Anwaltschaft vor der Niederlassung an bestimmten Gerichtsstellen abhängig gemacht und für bestimmte Gerichte nur die im Bezirke derselben angestellten Anwälte verwendet werden können, sowie, daß die Zulassung eines Anwalts bei einem oder mehreren Gerichten verlagert werden kann, so lange an anderen denselben Bundesstaates die Zahl der zugelassenen Anwälte zur ordnungsmäßigen Erledigung der Anwaltsprozesse nicht ausreicht. Offensichtlich wird der Reichstag dem Votum des Anwaltstages Beachtung zu Theil werden lassen. Allerdings muß der in der Zivilprozeßordnung aufgenommene Grundgedanke des Anwaltsmanges, welcher der Justizverwaltung gleichsam die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, daß allenthalben die entsprechende Zahl von Anwälten vorhanden ist, in Betracht genommen werden, allein das System der Lokalisierung, welches der in Rede stehende Entwurf aufstellt, geht entschieden zu weit, so weit, daß, wenn es zur Anwendung kommen würde, von einer freien Advokatur auch nicht entfernt die Rede sein könnte. Das Mindeste, was gefordert werden kann, ist, daß der Anwalt durchweg bei allen Gerichten eines bestimmten Ober-Landesgerichtsbezirks oder wenigstens eines Landesgerichtsbezirks zur Ausübung der Praxis zugelassen wird, ganz unabhängig davon, wo er sich niedergelassen hat. Nur durch Erfüllung dieser Forderung wird das Publikum in den Amtsgerichtsbezirken vor dem Mangel an tüchtigen Anwälten geschützt und ihm die Wahl eines anerkannt tüchtigen und zuverlässigen Anwalts, sowie der Vortheil geboten, daß die Führung des Prozesses in einer Hand gelegt und nach einem Plane durch die verschiedenen Instanzen geleitet



und durchgeführt werden kann, was namentlich für Vereine, Gesellschaften, größere Handlungshäuser etc., welche in der Regel einen bestimmten Anwalt zu ihrem Vertrauensmann gewählt haben, der in alle ihre Rechts- und Geschäftsverhältnisse eingeweiht ist, nicht zu unterschätzen ist. Bei der Lokalisierung der Anwaltspraxis ist dagegen die Wahl eines Anwalts für das Publikum gar häufig ganz abgesehen von der eine Partei in wichtigen Prozessen, von deren Ausgang vielleicht ihre ganze fernere Existenz abhängt, genötigt, die Vertretung einem weniger begabten und unzuverlässigen Advokaten anzuvertrauen. Kurz, die Gründe, welche für das System der Lokalisierung geltend gemacht werden, sind wesentlich formaler Natur und nach Wert und Bedeutung verschwindend gegenüber den vielen wichtigen praktischen Bedenken, welche gegen dieses System sprechen.

— Von postalischer Seite wird geschrieben: Die Seitens der Telegraphen-Verwaltung mit dem Fernsprecher bisher erzielten Ergebnisse haben die an die Leistungsfähigkeit dieses Apparates von vornherein geknüpften Erwartungen nicht nur in vollem Maße gerechtfertigt, sondern in mancher Hinsicht noch übertraffen. Der Betrieb bei den bereits in größerer Anzahl bestehenden Fernsprech-Netzen entspricht nach den bisherigen Erfahrungen in jeder Beziehung den zu stellenden Anforderungen; namentlich geht das Geben und Aufnehmen der Telegramme mittels des Fernsprechers bei den betreffenden Netzen rasch und glatt von Statten. Unzuträglichkeiten sind daraus bis jetzt in keiner Beziehung hervorgegangen. Die technischen Einrichtungen der Fernsprech-Anstalten haben seit Einführung dieses neuen Verkehrsmittels in die Praxis in vielen Beziehungen Verbesserungen erfahren; namentlich sind in neuerer Zeit Vorrichtungen getroffen worden, welche die zum Zwecke des Anrufes früher erforderlich gewesene Einschaltung einer besonderen elektrischen Batterie entbehrlich machen. Bei dem Umstande, daß zu der Handhabung des Fernsprechers es keiner besonderen technischen Fertigkeiten bedarf, können auch solche Orte, in denen die Einrichtung von Telegraphen-Betriebsstellen wegen Mangels an geeigneten Persönlichkeiten früher nicht thunlich war, dem Telegraphennetze angegeschlossen werden und soll im Hinblick auf die bis jetzt erzielten günstigen Erfolge dem Vernehmen nach in nächster Zeit noch eine weitere, namentlich bedeutende Anzahl geeigneter Orte mit Fernsprech-Netzen versehen werden.

— Nach amtlichen Mittheilungen des statistischen Bureau's zählte der preussische Staat am 1. Dezember 1875 unter seinen 25,742,404 Bewohnern 254,089 reichsangehörige aktive Militärpersonen, die sich nach Stellung und Religionsbekenntnis also theilen: Evangelisch (und alt-lutherisch) waren 8594 Offiziere, 682 Militärärzte, 1655 Militärbeamte, 164,982 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 175,913 Militärs; römisch-katholisch (und altkatholisch) 880 Offiziere, 130 Militärärzte, 316 Militärbeamte, 75,286 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 76,612; jüdisch: keine Offiziere, 17 Militärärzte, 2 Militärbeamte, 1305 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 1324, sonstige (meist christliche) und unbekannte Bekenntnisse 10 Offiziere, 1 Militärarzt, 229 Unteroffiziere und Mannschaften, zusammen 240. Die meisten evangelischen Offiziere, nämlich 2437, gehören der Provinz Brandenburg, die meisten katholischen 207 der Rheinprovinz an, doch folgt hier gleich Brandenburg mit 185.

## Österreich.

Wien, 25. Februar. Es scheint nunmehr fest beschlossene Sache, daß das gemeinsame Ministerium mit einer außerordentlichen Kreditforderung für Rüstungszwecke vor die in den ersten Märztagen zusammentretenden Delegationen kommen wird. Die „Presse“ schreibt darüber:

Der angeforderte große Kronrath unter Vorsitz des Kaisers, an welchem die drei gemeinsamen Minister, sämtliche Mitglieder des kaiserlichen Kabinetts und die hierher berufenen ungarischen Minister Tisza, Sall und Wendheim theilnahmen, fand heute statt und dauerte von 1 Uhr Mittags bis 6 Uhr Abends. Graf Andrassy gab dem versammelten Ministeriat ein Exposé über die gesamte auswärtige Lage, in welchem er ausserordentlich, von Österreich-Ungarn in mehreren Punkten der russisch-türkischen Friedens-Präliminarien von Adrianopel eine solche Verletzung seiner Interessen erblicken müsse, welche es unter keinen Umständen dulden könne und auf deren Beseitigung es bestehen müsse. Der Minister bezeichnete als solche Punkte insbesondere jene Stipulationen, welche sich auf die künftige Gestaltung von Bulgarien und auf die pfandweise Besetzung dieses Landes durch russische Truppen beziehen und welche Bulgarien zu einer russischen Provinz machen würden. Die beabsichtigte Konferenz habe für Österreich hauptsächlich den Zweck, diese Bestimmungen abzuändern, während die Dardanellenfrage und die Frage wegen der Abtretung Bessarabiens an Rußland für uns erst in zweite Linie zu stehen kommen; letztere insbesondere deswegen, weil die Freiheit der Donau auch als deutsches Interesse betrachtet werde und daher schon jetzt als gesichert anzusehen sei. Damit Österreich aber in der Lage sei, diese Forderung der Monarchie mit dem gehörigen Nachdrucke auf der Konferenz zu vertreten, halte er es für nöthig, den Delegationen eine Kreditvorlage zu machen, mit welcher für nicht genau zu spezifizierende Ausgaben der Kriegsverwaltung ein Kredit, dessen Höhe noch nicht endgültig festgestellt ist, aber aber wahrscheinlich auf sechszig Millionen Gulden bemessen werden wird, gefordert wird. Graf Andrassy setzte ausführlich auseinander, daß er diese Forderung keineswegs erhebe, um mit dem Gelde sofort die Mobilisirung ins Werk zu setzen, sondern daß er der Botirung des Kredits als einer Rückendeckung, einer „Assurance“ bedürfe. Die Benützung dieses Kredits sei durchaus nicht sicher, vielmehr glaube er, daß er, wenn die Vorlage votirt werde, seine Friedenspolitik verdrängen könne. Ausdrücklich fiel bei dieser Gelegenheit das Wort, daß der Kredit nicht eine Forderung des Kriegsministers, sondern eine Forderung der Diplomatie sei und zunächst nicht die militärische, sondern die diplomatische Mobilisirung ermöglichen solle. „Auf Grund dieser Darstellung wurde beschlossen, den Grafen Andrassy zur Vorlage der von ihm vorgeschlagenen Kreditforderung zu ermächtigen. ... Obgleich inessen der Kronrath sich in dem festen Entschlusse einigte, in der beschriebenen Weise Rußland an seine Verpflichtungen zu erinnern, die österreichischen Forderungen zu berücksichtigen — es fiel das Wort, man müsse Rußland, in welchem die nationalen Parteien immer mehr die Oberhand gewonnen hätten, „vor sich selber retten“ — wurde dennoch allseitig die friedliche Tendenz der Regierung betont und auf den analogen Fall im vorigen Sommer hingewiesen, in welchem es sogar bis zur Geldbeschaffung kam, ohne daß von der dreimonatlichen Option Gebrauch gemacht wurde. In diesem Sinne dürfte der Delegation, welche nach der Festschickungswoche zusammentreten soll, auch die Tendenz der Regierungsvorlage erklärt werden, und Graf Andrassy schmeichelt sich mit der Hoffnung, daß er die Zustimmung nicht bloß der ungarischen, sondern auch der österreichischen Delegation erlangen werde, von welcher letzterer er namentlich auf der bekannten Delegirten-Konferenz die Ansicht gewonnen haben will, daß sie der überwiegenden Mehrzahl nach, und zwar Delegirte aller Schattirungen, mit seiner Politik und mit seinen Absichten übereinstimme. Im Uebrigen ist es die Auffassung des Grafen Andrassy, daß die Stellung Österreichs auf der Konferenz eine günstige sei. Deutschland werde seiner Vermittlerrolle trenn bleiben, niemals gegen und in vielen Fällen für Österreich wirken; England werde gewiß Österreich unterstützen. Ja, für den Fall, den bemittelten Kredit bewilligen zu müssen, glaubt man Anhaltspunkte dafür zu haben, daß das Geld in England mit Leichtigkeit werde beschafft werden können. Die endgültige Formulirung der dem Grafen Andrassy erhaltenen Ermächtigung, sowie die genaue Festlegung des Betrages, welcher in Anspruch genommen werden soll, wird später durch eine Vereinbarung der Ressortminister erfolgen.

Die offizielle wiener „Montagsrevue“ bringt folgende Depesche aus Berlin, 24. Februar. Das hiesige Kabinet würde es nicht ungern sehen, wenn Österreich zur Wahrung seiner Interessen auf der Balkanhalbinsel noch jetzt sich des westlichen

Theiles derselben bis an das Ägäische Meer bemächtigen würde. Man erblickt hier in einer solchen Eventualität keine „Kompensation“, sondern ein „Gebot der Nothlage.“ Andere Großmächte dürften jedoch für sich daraus keine Konsequenzen ziehen.

Ferner wird der „Röln. Btg.“ Folgendes aus Wien geschrieben: Gerüchte über Personaländerungen in den Spitzen der Armee sind falsch; namentlich ist die Angabe, der erste Adjutant des Kaisers, Feldmarschall Mondel, werde durch den Chef des Militär-Kabinetts, Böckh, ersetzt werden, irrig. Die Lage ist unausgesetzt gespannt. Andrassy kann unmöglich von seinen mit Nachdruck ausgesprochenen Forderungen Rußland gegenüber zurücktreten. Amlich sind die Friedensbedingungen hier noch nicht bekannt; doch dürften die ihnen neuerdings zugegangenen Meldungen, soweit sich aus Depeschen der Botschafter schließen läßt, in der Hauptsache zutreffen. Für Österreich wären einzelne Bestimmungen unannehmbar. Rußland macht den Versuch, durch Schein Konzessionen Österreich nachgiebig zu machen; in der Sache selbst aber besteht es nach wie vor auf einem direkt von Rußland abhängigen Großbulgarien, der Abtretung eines Seehafens an Montenegro, ausgedehnter Vergrößerung Serbiens, und zwar namentlich auch gegen Bosnien hin. In der Donaufrage giebt es scheinbar, aber auch nur scheinbar nach; desgleichen bezüglich der militärischen Besetzung Bulgariens. So viel aber ist zweifellos, daß Rußland durch Ueberlassung Bosniens, der Herzegowina und eines Theiles von Albanien Österreichs Zustimmung dazu erwirken will, daß der übrige Theil des Orients ein russischer Vasallenstaat werde mit der Aussicht, später in den russischen Staatsverband überzugehen, und daß Rußland nur durch ein energisches Auftreten Österreichs von diesem Plane abzubringen sein wird.

## Italien.

Rom. Einem im „Pester Lloyd“ veröffentlichten römischen Briefe, der am 17. d., also vor der Wahl des neuen Papstes, geschrieben worden, entnehmen wir folgendes Charakterbild:

Wie Schwarzberg der vornehmste Ausdruck aristokratischer Stolz, so erscheint der Kardinal-Kämmerer des heiligen Stuhles, Becci, der vornehmste Ausdruck priesterlicher Stolz. Sein Wesen brüht keine Vornehmheit aus, seine Gestalt ist hoch, aber nicht edel, sein Gesicht ist nicht ausdrucksvoll, aber willensvoll. Heute feierte er das Todtenamt, und wenn man ihm zuseht, wie er vor dem Altar stehend sich neigt, möchte man fragen, er könne es unserm Herrgott nicht vergehen, daß der Kardinal Becci sich vor ihm verneigen müsse. Sonst hat er sich vor wenigen großen Herren verneigt Zeit seines Lebens. Vielleicht geschah es darum, daß Pius IX., der in der Regel die Leute sympathisch fand, die Antonelli nicht leiden mochte, in seiner Antipathie gegen Becci sich in voller Uebereinstimmung mit seinem Staatssekretär befand. Nach Gregor XVI. mußte dem Manne, der alle Talente zu besitzen schien, die Regierung einer Provinz übertragen. Allein Becci besaß nicht die gewöhnliche Art, in der die Delegaten ihre Provinzen verwalteten. Wenn eine Dame ihm eine Petition zu überreichen hatte, war er nicht anders als in Gegenwart von zwei Sekretären zu sprechen, wenn die Aristokraten sich vermaßen, das Gesez zu umgehen, wurden sie bei Wasser und Brod ins Gefängnis gesetzt; die Räuber wurden verfolgt, selbst wenn sie den besten Familien angehörten; die römischen Ordres fanden bei ihm nur sehr bedingten Gehorsam, er regierte so thätig und so kräftig, daß man ihn plötzlich als Nuncius nach Brüssel sandte. Der Kardinal hat nicht die Höhe, sondern die Institutionen Europas studirt; er besitzt eine große Kenntniss der politischen und diplomatischen Personen und Dinge, und obgleich schon nahezu 70 Jahre alt, zeigt er eine kräftige Haltung, welche ihm noch eine Lebensdauer von Jahrzehnten prophezeien läßt. Gemeinhin sagt man, daß Staatssekretäre und Kämmerer selten zu Päpsten gewählt werden, weil sie in Folge ihres Amtes zu oft in die Lage kämen, den Kardinalen unangenehm zu sein. Der Kardinal Becci war aber auch dann Vielen nicht unangenehm, wenn er außerhalb jeder amtlichen Funktion stand. Während andere Papabist mit ihren Aufzeichnungen geheimnißvoll zurückhalten, bis sie gewählt sind oder nicht gewählt, erklärt Kardinal Becci ohne Umschweife, daß er einen Ausdeis mit der weltlichen Gewalt wünsche und daß er den Besitz der weltlichen Macht nicht für würdigenwerth, ihren Verlust nicht für bedauernswerth erachte. Mit demselben Erfolg, wie anderwärts, hat der Kardinal-Kämmerer auch im Vatikan dahin gewirkt, sich Beamte und Dienerschaft zu Feinden zu machen. Es ist sonst im Vatikan zu so bewegter Zeit ein recht liebreiches Leben geführt worden, und der Kardinal hat den ehrenwerthen Männern, die es anging, durch handfeste Karabinieri die freundliche Gewohnheit des Stehlens benommen. Italienische Karabinieri in des Papstes Hause, und das alles, um eine kleine Blinderung zu verhüten — welcher Frevel! Wenn Kardinal Becci trotz alledem gewählt würde, dann hätte die Welt vielleicht einen wahrhaft großen Papst zu erwarten! Nach den uns aus Rom zugehenden Berichten würde sich ja bald Gelegenheit bieten, zu erkennen, wie Leo XIII. seine Erklärung, daß er einen Ausdeis mit der weltlichen Gewalt wünsche, wahrhalten und ob er das sonst nicht läble Epigramm des sterblichen Linger Volksblattes: „En, sprevero Piam, misit Deus ipse Leonem!“ (Seht, sie verschmähen den Frommen, nun schickt Gott selber den Löwen!) vielleicht doch Lügen strafen wird.

Aus Rom schreibt man dem deutschen Merkur:

Es wurde im Vatikan sehr übel bemerkt, daß Deutschland heutz. Preußen und Rußland dem Kardinalkolleg zum Tode des Papstes nicht kondoliren ließen. Dafür fallen die Organe desselben bestig über beide her; sie sind ihnen die Feinde der christlichen Zivilisation die dahin streben und auf dem Wege sind, die Bejämmer der lateinischen Auklosigkeit (malvagita) zu werden. Um so lebhafter befriedigte es, daß der Prinz Luitpold von Bayern hierher kommen und der Leichenfeier beizuwohnen wollte. Er soll, wie die Voce della Verità schreibt, ein Telegramm in diesem Betreff hierher gesandt haben. Daß er nicht kam, hängt mit dem Umstande zusammen, daß auswärtige Fürsten nie an der Leichenfeierlichkeit eines Papstes Theil nahmen.

## Großbritannien und Irland.

London, 25. Februar. „Morning Post“ und „Daily Telegraph“ nennen die russischen Friedensbedingungen einfach ungeheuerlich (monstrous), und daß sie mit diesem Urtheile vereinigt stehen sollten, ist schwer anzunehmen. Das Ungeheuerliche liegt nach englischen Anschauungen aber nicht so sehr in den Forderungen Rußlands bezüglich der Unabhängigkeit und beziehungsweise der Autonomie, welche Rußland für den größten Theil der europäischen-türkischen Provinzen fordert (auf solche Bedingungen war man vorbereitet), sondern in der ausbedungenen Kriegsschädigung. Angesichts der trostlosen Finanzlage der Türkei klingt es wie ein Schorn, daß Rußland außer dem besten Stücke von Armenien der Türkei noch 40 Mill. L. in Staatspapieren abfordere, deren Zinsen durch den Tribut der Bulgare und Egyptens verbürgt werden sollen. Mit welchem Rechte, fragt man, streckt Rußland seine Hand nach Einkünften aus, die, wie der ägyptische Tribut und die Einnahmen Kleinasiens, den Staatsgläubigern der Pforte längst verpfändet sind? Als höchst absonderlich erscheint nebenbei die Forderung, daß den russischen Besitzern türkischer Staatspapiere deren vollständiger Werth ausbezahlt werden müsse. Denn wenn eine derartige Bedingung wirklich ausführbar wäre, dann bräuchten russische Spekulanen ja wohl die ganze fünfprozentige Staatsschuld der Türkei, die heute zu 8 pCt. notirt wird, aufzukaufen, um sie sich zu 100 in Konstantinopel einlösen zu lassen. Es wäre dies ein sehr glänzendes Geschäft in der That, aber gerade deshalb und wegen der Unmöglichkeit, die erwähnte Bedingung durchzuführen, muß der Zweifel gestattet sein, ob sie in sol-

cher Form wirklich gestellt wurde. Das England insbesondere heftigt, so mag sich die „Times“ immerhin mit dem Gedanken trösten, daß nach abgeschlossenen Sonderfrieden zwischen der Türkei und Rußland letzterem der Vorwand benommen sein werde, seine Hand nach Konstantinopel und der türkischen Panzerflotte auszustrecken. Für andere minder hoffnungsvolle Blätter wiegt dieser Trost jedoch nicht schwer, zumal die türkische Reichshauptstadt mit dem Vordringen der russischen Flotte nur zeitweilig, nicht aber für immer aufgegeben zu sein scheint. — Von den Hinrichtungen vieler in der Türkei den Russen in die Hände gefallener Polen war vor einiger Zeit schon im Parlament die Rede gewesen. Unterstaatssekretär Bourke hatte zugelegt, über diesen Punkt Erkundigungen einzuziehen, um sie dem Unterhause vorzulegen. Bisher ist letzteres nicht geschehen. Doch kann, so glaubt wenigstens ein Korrespondent der „R. Btg.“ berichten zu können, es jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß viele Polen durch die Russen auf ihrem Marsche gen Konstantinopel gefangen und hingerichtet wurden. Ein wiener Blatt hatte kürzlich die Namen einiger solcher Unglücklichen veröffentlicht. Es waren dies hier in Sophia an türkischen Spitälern wirkende polnische Aerzte. Nach dem wiener Blatt sollten nun drei dieser Aerzte (dieselben waren alle österreichische Unterthanen) sofort von den Russen eingekerkert, der vierte Namens Gebhard einige Tage später gleichfalls, und alle vier auf öffentlichem Plage gehängt. Ein fünfter, Namens Chermischi, entging dem gleichen Schicksal durch einen englischen Paß, den er besaß und durch den er bei dem englischen Konsul Schutz fand. So berichtet — freilich noch unbekräftigt das „N. W. Z.“ diese — wenn wahr, allerdings graufige Schauer Geschichte. Nun ist durch eine an die Pall Mall Gazette gelangte, wie sie bemerkt, vollständig glaubwürdige Mittheilung diese Namensliste noch vermehrt worden. „In Sophia“, so lautet der betreffende Bericht, „wurde Kapitän Fredro durch die Russen gefangen; in Adrianopel Major Suchodolski mit seinen Ingenieuroffizieren Iwanowski, Baranowski, Orplovski und Stryskowski; desgleichen zwei polnische Wundärzte. Es heißt (doch will ich nicht dafür einstehen), daß drei Viertel der polnischen Legion von den Russen gefangen u. dem Galgen überantwortet wurden.“ Aus einem heute veröffentlichten Schreiben der Herren Gischen und Joubert ist ersichtlich, daß der Khediv sich hartnäckig gegen eine unparteiische Untersuchung der ägyptischen Finanzgebarung sträubt und sie jetzt seinem Suzeran, dem Sultan, als der einzigen Autorität, vor der er sich beugen könne, anheimgestellt sehen will. Die beiden genannten Vertreter der englisch-französischen Gläubiger Egyptens bedeuteten daraufhin den Khediv unumwunden, daß, nachdem er seine Anleihen auf eigene Faust abgeschlossen, eine Berufung auf den Sultan jetzt nicht gestattet werden könne. Auf dieses Schreiben blieb der Khediv die Antwort schuldig. Die genannten Herren richten nun an die Besitzer ägyptischer Staatspapiere die Mahnung, sich durch die Haltung des Khedivs nicht einschüchtern zu lassen, auf einer gründlichen Untersuchung der ägyptischen Finanzlage zu bestehen und das Ergebnis der bevorstehenden Konferenz abzuwarten, auf der die Lage Egyptens ohne Zweifel zur Sprache kommen werde. Vor Allem aber warnen sie, den jetzigen Angaben des ägyptischen Finanzministeriums über die auffallend schlechten Ergebnisse der laufenden Staatseinnahmen zu trauen, da begründeter Verdacht vorliege, daß sie absichtlich in ungünstigem Lichte dargestellt werden und daß ein großer Theil fälliger Steuern, ebenfalls absichtlich, nicht erhoben worden ist. Auf dieses Schreiben hin fielen ägyptische Emissionen an der heutigen Börse von  $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$  pCt., während gleichzeitig Türken auf Grund der oben angegebenen russischen Bedingungen um etwa  $\frac{1}{2}$  pCt. wichen.

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Die Sozialdemokraten im Reichstage haben wieder einmal den Art. 31 der Reichsverfassung zum Gegenstande eines Antrages gemacht. Der erste Absatz dieses Artikels lautet: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied derselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.“ Statt dessen beantragen die Sozialdemokraten folgende Fassung: „Ohne Genehmigung des Reichstages kann kein Mitglied derselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder in Strafbhaft gehalten oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden. Ausgenommen allein ist die Verhaftung eines Mitglieds, welches bei Ausübung der That ergriffen wird; doch ist in diesem Fall ohne Verzug dem Reichstag Kenntniss zu geben und seine Genehmigung einzuholen.“ Es ist dies die wörtliche Wiederholung eines Antrags Bebel in der Session von 1875/76. Wie damals, schreibt die „Nat. Lib. Korr.“, wird der Antrag auch jetzt abgelehnt werden. Seine Unstatthaftigkeit liegt auf der Hand. Das gleiche Schicksal wird ein der Entscheidung über diesen Vorschlag vorgelegter weiterer Antrag der Sozialdemokraten haben, dahin gehend: „Den Reichskanzler aufzufordern: bei der preussischen Regierung dahin zu wirken, daß der zu Leipzig inhaftirte Reichstags-Abgeordnete Bebel während der Dauer der Reichstagsession aus der Haft beurlaubt werde.“

## Lokales und Provinzielles.

Wien, 25. Februar.

— Das Konzert von Fräulein Ludmila v. Mikorska findet am 1. März (Freitag) Abend im Bazar-Saal statt. Es wird ein reichhaltiges Programm in Aussicht gestellt, bei dessen Ausführung Fräulein v. Mikorska, welche hauptsächlich als dramatische Sängerin sich bewährt hat, durch die Kapelle des 46. Regiments und geschulte Solisten unterstützt wird. Insbesondere sei bemerkt, daß die Künstlerin zum Schluß eine Opernszene aus Gounods „Margarthe“ (Ballade und Valse des bijoux) in Kostüm aufführt.

r. Die Wittve des früheren hiesigen Bankdirektors Rosenhals ist am 25. d. M. in Nordhausen, wohin sie nach dem Tode ihres Gatten gezogen war, gestorben.

— In Leimbach hat sich, wie die „Gazeta Narodowa“ berichtet, ein Komitee von polnischen Geistlichen und Adligen gebildet, welches eine Adresse an den neuen Papst Leo XIII. zu entwerfen die Aufgabe hat. Die Adresse soll sodann durch eine spezielle Deputation nach Rom überbracht werden. — Mit ihrem Vorschlage, auch aus den preussisch-polnischen Landestheilen eine Delegations-Deputation nach Rom zu entsenden, scheint die „Gazeta Narodowa“ vorläufig noch keine Gegenliebe zu finden.

r. Für die gemäß § 20 des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 auszuführende Revision der Gebäudesteuer-Ver-



anlagung sind von der Regierung zu Ausführungskommissaren ernannt worden: für den Kreis Adelnau Landrath Mayer zu Ehrenow, für den Kreis Birnbaum Landrath v. Kalkreuth zu Birnbaum, für den Kreis Boms Landrath Freiherr v. Unruhe-Boms zu Wollstein, für den Kreis Bul Landrath Bacharid zu Neutomschel, für den Kreis Kosten Landrath Delsa zu Kosten, für den Kreis Kröben Landrath Gr. Posadowsky-Wehner zu Nawisch, für den Kreis Krotoschin Landrath Gläfer zu Krotoschin, für den Kreis Meseritz Landrath v. Dziembowski zu Meseritz, für den Kreis Obornik Landrathamtsverweser v. Nathusius zu Obornik, für den Kreis Pleschen Landrath Gregorobius zu Pleschen, für den Kreis Posen Landrath v. Tempelhoff zu Posen, für die Stadt Posen Oberbürgermeister Kobleis zu Posen, für den Kreis Samter Landrath v. Knobloch zu Samter, für den Kreis Schildberg Landrath Liman zu Kempen, für den Kreis Schroda Landrathamtsverweser, Reg.-Assessor Müller zu Schroda, für den Kreis Schrimm Landrath Böhmer zu Schrimm, für den Kreis Wreschen Landrath v. Seidlitz zu Wreschen.

r. Ueber die Schulden und Lasten der Stadt Posen macht der städtische Verwaltungsbericht pro 1876/77 folgende Mittheilungen:

Von dem im Jahre 1874 von dem Reichsinvalidenfonds in Berlin behufs Tilgung der städtischen Schulden und zu Neubauten aufgenommenen Darlehn in Höhe von 2,250,000 M. waren bis zum 31. Dezbr. 1876 70,500 M. amortisirt; die Schuld betrug demnach am 1. Januar 1877 nur noch 2,179,500 M. Laut Rechnungsabschluss vom 1. April 1877 waren von diesem Darlehn im Bestande der Kammereinkasse vorhanden: a) an Effekten zum Kostenpreise 824,540,94 M. (nämlich 143,400 M. Posener Pfandbriefe, 33,000 M. Posener Rentenbriefe, 56,940 M. Kreisobligationen, 46,500 M. Preussische Zentral-Bodenkredit-Pfandbriefe, 30,000 Rheinische Eisenbahn-Aktien Lit. B., 283,500 garant. Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen, 2000 Pf. St. Russ.-Engl. Anleihe vom Jahre 1873, 21,600 S.-R. Poln. Liquidations-Pfandbriefe, 29,400 Poln. Pfandbriefe, 30,000 Gulden Defter. Silber-Rente, 8000 Dollars 5prozentige fundirte Amerikan. Anleihe, 1000 Dollars 6prozent. Amerikan. Anleihe); b) an Hypothekendarlehen auf städtische Grundstücke 409,578 M.; c) auf Lombard waren ausgeliehen 73,000 M.; d) der Baarbestand betrug 63,037 M. Summa 1,370,157 M. — Von den in Umlauf befindlich gewesenen Stadtschulden waren bis zum 1. April 1877 zur Einlösung gekommen: 734,595 M. 4prozent. und 5prozent. Gasobligationen und 5prozentige Wasserobligationen; noch nicht zur Einlösung waren präsentirt 6095 M. 4prozent. Gasobligationen und 5prozent. Wasserobligationen, deren Verzinsung jedoch seit dem 1. Januar 1875 aufgehört hat. Außerdem ist noch die Schuld, welche auf dem Schulgrundstück Ballische Str. 119 lastete, mit 157,94 M. von dem Darlehn getilgt worden. Ferner sind vorausgabt: a) 13,012 M. an laufenden Zinsen von eingelösten Stadtschulden pro II. Semester 1874 resp. bis zum Zahlungstage, Aufgeld für vor dem Kündigungstermine zur Einlösung präsentirte 5prozentige Wasserobligationen, endlich zur Deduktion für die im I. Semester 1874 zu viel getilgten Obligationen; b) für Neubauten bis zum 1. April 1877 126,092 M. (für Wallischebrücke, Schulhäuser auf St. Martin, Vorarbeiten zum Bau des Theaters, Vorarbeiten zur Kanalisation); c) an Unkosten bei Aufnahme des Darlehns (als Defat, Stempel, Porto, Injektionskosten, für Anschaffung eines eisernen Geldschranks) 18,195 M. Nach einer im Monat Oktober v. J. aufgestellten überschläglichen Berechnung dürften für Kanalisationszwecke 800,000 bis 900,000 M. disponibel bleiben, vorausgesetzt, daß die Anschlagssummen für die in der Ausführung begriffenen Neubauten nicht überschritten werden. — Auf eine Anfrage bei der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, ob nicht eine anderweitige Vereinbarung wegen Zahlung der Zinsen und der Amortisationsbeiträge für das im Jahre 1912 zur Tilgung gelangende Darlehn, dem gegenwärtigen Etatsjahre entsprechend, herbeigeführt werden könnte, ist eine ablehnende Antwort erfolgt: die Zahlungen selbst entfallen indes stets innerhalb des Etatsjahres. — Die Stadt ist ferner mit 126,540 M. auf drei städtische Grundstücke hypothekarisch eingetragene Schulden belastet.

r. Das städtische Schulwesen hat aus denselben Gründen, welche seit 10 Jahren ein stetiges Wachsen des Kommunalzuschusses für das städtische öffentliche Schulwesen unvermeidlich machten (Zunahme der Frequenz, Entlastung der überfüllten Klassen, Vermehrung der Lehrkräfte), auch für das letzte Verwaltungsjahr höhere Zuschüsse erfordert. Die Frequenz ist im letzten Jahre im Ganzen um 320 gestiegen, der Kommunalzuschuss für die Schulen aber von 1875 zu 1876 von 219,997 auf 230,628 M. gewachsen; in dem Etat pro 1877 war er schon auf 249,281 M. festgesetzt worden; wird jedoch, da neue Lehrstellen freit worden sind, also Extra-Bewilligungen nicht zu vermeiden waren, noch etwas überschritten werden. Durch diese neuen Opfer ist es gelungen, für die Klassen der Zahlschulen (Mittel- und Bürgerschule) die Durchschnittszahl der Schulkinder auf 50, für die der Freischulen (drei Stadtschulen) auf 65 herabzumindern, während auf die Lehrkraft in der Mittelschule 40, in der Bürgerschule 46, in den Stadtschulen 55 Schulkinder kommen. Da die vor 10 Jahren begonnene Reorganisation des städtischen öffentlichen niederen Schulwesens zu Oftern d. J. in dem Bezirke der großen neuen Schulhäuser auf St. Martin und in der Errichtung der IV. Stadtschule daselbst ihren Schlußpunkt finden wird, so mag daran erinnert werden, daß vor 10 Jahren die Durchschnittszahl der Schulkinder in der damals einzigen Zahlschule, der Mittelschule, 65, in den Freischulen sogar 78 betrug, und auf die Lehrkraft in der Mittelschule 60, in den Freischulen 62 Schulkinder durchschnittlich kamen. Dieser Erfolg bei einer Steigerung der Frequenz um 2200 Kinder hat nur durch Vermehrung der Lehrkräfte um 64 und der Klassenzahl um 51, und durch ein Annehmen des Kommunalzuschusses für das niedere öffentliche Schulwesen von 73,894 M. i. J. 1867 auf 184,509 M. i. J. 1877 sich erreichen lassen, so daß dieses niedere Schulwesen jetzt 111,615 M. Jahresaufwand mehr beansprucht, als vor 10 Jahren, während dieses Zeitraums also jährlich im Durchschnitt eine Steigerung des Zuschusses um 11,615 M. stattgefunden hat. Da während dieses Zeitraums auch die Realschule theils in Folge der Annahme der staatlichen Normal-Gehälter-Skala, theils durch Rückgang der Frequenz eine Erhöhung des Kommunal-Zuschusses um nicht weniger als 42,664 M. nöthig gemacht hat, so beträgt die Differenz des Zuschusses für das gesamte öffentliche Schulwesen unserer Stadt zwischen 1867—77 im Ganzen 151,579 Mark, d. h. durchschnittlich jährlich 15,157 Mark. Während des vorhergehenden Jahrzehnts (1857—67) war der Kommunalzuschuss für das höhere Schulwesen von 16,955 auf 23,808 Mark, also um 6813 M., d. h. jährlich durchschnittlich 681 Mark, für das niedere Schulwesen von 44,400 auf 73,894 Mark, also um 29,494 Mark, für das gesamte öffentliche städtische Schulwesen mithin von 61,395 auf 97,172 Mark, also um 35,777 Mark, d. h. jährlich durchschnittlich 3577 Mark gewachsen. — Der Gesamt- und Frequenz- Uebersicht des städtischen Schulwesens im Schuljahre 1877/78 ist zu entnehmen, daß die städtischen öffentlichen höheren Schulen (2) von 538 Schülern (220 evangelischen, 148 katholischen, 170 jüdischen) 353 einheimischen, 162 auswärtigen, 23 Ausländern; die städtischen öffentlichen niederen Schulen (6) von 5604 Schülern (2930 männlichen, 2674 weiblichen; 2020 evangelischen, 3218 katholischen, 366 jüdischen; 5353 einheimischen, 241 auswärtigen, 10 Ausländern); die Privat-Schul- und Erziehungs-Anstalten (14) von 1431 Schülern (281 männlichen, 1150 weiblichen; 457 evangelischen, 441 katholischen, 533 jüdischen; 1240 einheimischen, 176 auswärtigen, 15 Ausländern) besucht wurden. Die Anzahl sämtlicher Schulen betrug 14, wovon 12 (vornehmlich die Privat-Schulankalten) konfessionell, 10 simultan waren; die Anzahl der Klassen 167; die Anzahl der Schulkinder 7573, wovon 3749 männliche, 3824 weibliche; 2697 evangelische, 3807 katholische, 1069 jüdische; 6946 einheimische, 579 auswärtige, 48 Ausländer. — Im Jahre 1876 kostete der Stadt Posen das Schul-

in der Realschule und Real-Vorschule: 46 M., im Jahre 1867: 124 Mark; in der Mittelschule im Jahre 1876: 38,2 M., in der Bürgerschule 34,7 M., in den Stadtschulen 29,8 M.; in sämtlichen niederen Schulen 32 M., in sämtlichen städtischen Schulen 40 M.

r. Die Provinzialbeiträge, welche die Stadt Posen im Jahre 1876 zu zahlen hatte, betrugen 29,856 M. Für das Jahr 1877 waren anfänglich Seitens des Oberpräsidenten 33,031 M. gefordert, diese Summe reichte aber nicht zu. Nachdem durch Beschluß des XIX. Provinzial-Landtages der Beginn der nächsten Etatsperiode für das gesamte Ressort der provinzialständischen Verwaltung auf den 1. April 1878 festgesetzt, die mit Ende 1877 ablaufenden Etats bis zum 31. März 1878 prolongirt und durch diesen Landtag für die Etatsperiode pro 1877 und I. Quartal neue Ausgaben beschlossen worden sind, ist ein weiteres Ausschreiben von 350,000 M. Provinzialbeiträge nöthig geworden. Hierbon entfällt auf die Stadt Posen der Betrag von 33,031 M., so daß dieselbe also im Jahre 1877/78 66,062 Mark, mithin 36,206 M. gegen das Vorjahr mehr, aufzubringen hatte. Zur Deduktion dieses unermutheten Mehrbedarfs war ein besonderer Steuerzuschlag glücklicherweise nicht geboten, weil die erforderlichen Mittel zufälligerweise noch aus dem Extraordinarium gedeckt werden konnten. Für das Etatsjahr 1878/79 hat die Stadt Posen an gleichen Beträgen die Summe von 77,496 M. aufzubringen. Wenngleich dieser Betrag den vorjährigen bedeutend übersteigt, so bleibt er gegen das Jahr 1875 doch um 39,222 M. zurück. Die Ermäßigung ist hauptsächlich eine Folge der Dotation, welche auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1875 der Stadt Posen überwiesen ist.

r. Der neue israelitische Verein für Krankenpflege und Leichenbestattung hielt am 28. d. M. unter Leitung des Vorsitzenden, Kaufmann G. Sander, im Saale von Reisers Hotel seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben pro 1877 ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme betrug 3343 M., davon an Bestand vom Vorjahre 565 M., an Beiträgen von Vereins-Mitgliedern 1848 M., an Zinsen 120 M., an Spenden 271 M. u. c., an erhaltene Krankenwagen 114 M., an Verdigungslohn 390 M.; die Ausgabe belief sich auf 3118 M., davon 1950 M. Gehälter an die Krankenwärter und Wärterinnen u. c., 335 M. an Unterstüßungen, 136 M. an Krankenwagen, 20 M. an Arzt und Arzeneien, 140 M. an Verdigungslohn, 180 M. an Särgen, 64 M. an Leichenkleidern, 150 M. an Miethe, 133 M. an Druckfachen, Schreibmaterialien, Injektionsgebühren, u. c. Es blieb demnach abgesehen von dem Reservefonds von 3000 M., aus d. J. 1877 ein Bestand von 225 M. — Nachdem dem Vorstande für diese Rechnung Decharge erteilt worden war, wurde zu den Wahlen geschritten. An Stelle der ausscheidenden Mitglieder H. Prinz, welcher von hier versetzt ist, wurde Kaufmann Siegfried Pinckert neu gewählt und Kommerzienrath L. Jaffe und Sal. Heilbronn wiedergewählt, so daß der Vorstand gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern besteht: den Kaufleuten G. Sander (Vorsitzender), S. Saniß, Bankier Graumann, G. Wallisch, Tob. Braun, Stabsarzt A. Dr. Hirschberg und den drei Obigen; zu Stellvertretern wurden an Stelle der Kaufleute E. Renard und S. Weissmann gewählt resp. wiedergewählt die Kaufleute E. Renard und St. Kuttner, zu Mitgliedern der Revisionskommission die Kaufleute Sal. Rantow, S. Diamant, M. Jaded.

— Ansteckende Thierkrankheiten in der Provinz Posen. Die I. technische Deputation für das Veterinärwesen hat ihren ersten Jahresbericht über die Verbreitung ansteckender Thierkrankheiten in Preußen, die Zeit vom 1. April 1876 bis 31. März 1877 umfassend, veröffentlicht, aus dem das „Landw. Central-BL. f. d. Pr. P.“ nachstehende vorzugsweise unsere Provinz betreffende Angaben entnimmt. Leider ist unsere Provinz von fast allen Seuchen besonders stark heimgesucht worden. Der Milzbrand trat an 113 Orten auf, in Schlesien an 208, in allen anderen Provinzen weit seltener; in Sachsen, wo diese Seuche sonst sehr verbreitet ist, nur an 55 Orten. Es fielen an Milzbrand in Posen 7 Pferde, 219 Rinder, 152 Schafe und 6 Schweine. Es wird in dem Berichte hervorgehoben, daß sich die Zahl der Milzbrandfälle nach Einführung der Drainage in den Gegenden, wo der Milzbrand stationär ist, auffallend vermindert hat, daß der Milzbrand häufig durch in dem Boden vorhandenes Kontagium, welches erfahrungsmäßig eine ungemein große Lebensfähigkeit besitzt, veranlaßt wird, und daß das Vorhandensein dieses Kontagiums in erster Linie auf eine den veterinär-polizeilichen Anforderungen nicht entsprechende Vergrabung von Milzbrandkadavern zurückgeführt werden muß. — Fälle von Maul- und Klauenseuche wurden im I. Quartal des Berichtsjahres aus unserer Provinz nicht gemeldet, im Ganzen trat diese Seuche in 35 Orten auf, in Schlesien an 267, in Brandenburg an 160, in der Rheinprovinz an 120 Orten. Betroffen wurden davon bei uns 363 Stück Rindvieh. In dem Berichte wird angegeben, daß die Nachweisung nicht genau ist. Am häufigsten gaben die Treiberheerden der Schweine Anlaß zur Einschleppung der Seuche aus Polen und zu deren Verbreitung im Inlande. Besonders schlimm ist unsere Provinz von der Lungenseuche heimgesucht worden, die in 107 Orten zum Ausbruch kam und an der 656 Stück Rindvieh erkrankten, wovon 32 starben und 624 auf polizeiliche Anordnung getödtet wurden. Auch die Rogz- und Wurmkrantheit trat bei uns sehr häufig, nämlich an 310 Orten auf, es erkrankten daran 622 Pferde, wovon 510 auf polizeiliche Anordnung getödtet wurden. An Entschädigungen von den Provinzial- bezw. Kommunal-Verbänden wurden gezahlt:

Für Rindvieh wegen Lungenseuche. Für Pferde wegen Rogz.			
Preußen	21,067 M. 83 Pf.	69,611 M. 48 Pf.	
Brandenburg erfl. Berlin	78,762 = 48 =	50,926 = 38 =	
Stad. Berlin	396 = 60 =	7,121 = 95 =	
Pommern	7,287 = 92 =	22,993 = 67 =	
Posen	81,293 = 56 =	77,987 = 68 =	
Schlesien	62,907 = 9 =	40,448 = 72 =	
Sachsen	38,311 = 72 =	20,705 = 47 =	
Schleswig-Holstein	— = — =	6,937 = — =	
Hannover	5,517 = 80 =	17,500 = — =	
Westfalen	8,416 = 57 =	10,234 = 16 =	
Reg.-Bez. Rassel	4,933 = 67 =	16,208 = — =	
Reg.-Bez. Wiesbaden	3,617 = — =	1,806 = 50 =	
Stadt Frankfurt a. M.	— = — =	890 = — =	
Rheinprovinz	32,136 = — =	63,109 = 67 =	
Reg.-Bez. Sigmaringen	— = — =	— = — =	
Summa	344,808 M. 30 Pf.	406,480 M. 68 Pf.	

Nach der Viehzählung vom 10. Januar 1873 waren in unserer Provinz 570,760 Stück Rindvieh vorhanden, bei einem Entschädigungsbeitrage von 5 Pf. pro Stück kamen also 28,538 M. ein, nur etwas über ein Drittel der bei Rindvieh gezahlten Entschädigungen. An Pferden wurden 197,083 Stück gezählt, wofür bei 20 Pf. Abgabe pro Stück 39,416 M. 66 Pf., also nur reichlich die Hälfte der gezahlten Entschädigungen einkamen. Am meisten vom Rogz betroffen wurde der Kreis Inowrazlaw, allerdings der größte in der Provinz, wo 108 Pferde getödtet wurden, nächst dem Pleschen mit 47 Pferden und Mogilno mit 38 Pferden. — Bezüglich der Schafpocken sind die Angaben wieder sehr unsicher; aus unserer Provinz wird das Auftreten dieser Krankheit in 61 Orten angegeben. Es gingen 374 Thiere daran zu Grunde. Der Bericht konstatiert, daß die Schutzimpfung der Lämmer die wesentlichste Ursache für die Verbreitung der Pockenseuche abgiebt, und daß ohne ein Verbot bezw. ohne die aller strengste Beschränkung der Schutzimpfung die Minderung der bedeutenden, durch die Pockenseuche herbeigeführten Verluste nicht zu erreichen sein wird. — Die Verschleppung ist im vergangenen Jahre nirgends aufgetreten, die Mäde der Pferde und der Schafe in Posen an 12 Orten, wobei 14 Pferde und 236 Schafe erkrankten. Die Tollwuth kam an 80 Orten in unserer Provinz zum Ausbruch. Endlich von der Rinderpest blieb Posen verschont. In Preußen kostete die Rinderpest-Eruption, welche am 5. Januar 1877 in Rufsland, Kr. Gr. Streblitz zum Ausbruch kam und von dort in Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg, Rheinpreußen, so wie in das Königreich Sachsen und das hamburgische Staatsgebiet verschleppt wurde, 910 Stück Rindvieh das Leben, wovon 848 nebst 335 Schafen und 4 Ziegen auf polizeiliche Anordnung getödtet wurden. Schließlich mag noch mitgetheilt wer-

den, daß aus der Staatskasse in Preußen für auf polizeiliche Anordnung getödtete Thiere 73,337 M. 1 Pf. an Entschädigungen gezahlt wurden, wovon jedoch etwa zwei Drittel auf Massentödtungen von Pferden behufs Tilgung des Roges unter den Grubenpferden des Saarbrückener Kohlenreviers entfallen. Die Kosten für die Tilgung der Rinderpest sind aus Reichsmitteln bestritten und in der obigen Summe nicht mit inbegriffen.

II. Schneidemühl, 23. Februar. [Pferdemusterung. Verhaftung. Landgericht. Falsches Fünfmarskstück.] Die allgemeine Musterung des Pferdebestandes im Kreise Kolmar zur Ermittlung der vorhandenen kriegsdiensttauglichen Pferde hat unter Zuziehung des als Militärkommissarius kommandirten Major v. Stutterheim vom 11. Dragoner-Regiment am 22. d. M. begonnen und wird am 1. März er. vollendet sein. In Schneidemühl hat die Musterung bereits gestern stattgefunden und sind in diesem Bezirke, zu welchem außer Schneidemühl die Ortschaften Auerbachshütte, Gbne, Mothlewo, Plöttle, Schönfeld und Stöwen gehören, im Ganzen 48 Pferde für brauchbar ausgemustert worden. — Kürzlich wurden die hier anässigen Zimmergesellen Posteschen Geleute verhaftet und per Transport in das Kreisgerichts-Gefängniß zu Bromberg abgeführt, weil dieselben dringend der Verhaftung bei einem vor geraumer Zeit in Bromberg durch einen Postbriefträger daselbst ausgeübten Postgelddiebstahls verdächtig sind. — Das hierorts zu errichtende Landgericht wird aus einem Präsidenten, zwei Direktoren, zehn Kreisrichtern resp. Räten, acht Rechtsanwälten und drei Staatsanwälten zusammengefaßt sein. Außer dem Landgerichte wird Schneidemühl auch noch drei Amtsgerichte erhalten. Da es augenblicklich an größeren Beamtenwohnungen in unserer Stadt fehlt, hat der hiesige Kreisgerichtsdirektor Kuppender die Stadtbehörden aufgefordert, die Eigenthümer auf den in Aussicht stehenden Bezug von Beamten aufmerksam zu machen und dieselben zu einer rechtzeitigen und regen Baufahrt anzuhalten. Auch der Erweiterungsbau des Kreisgerichtsgebäudes und der Neubau eines Gefängnisses hierseits wird jedenfalls schon im Laufe dieses Jahres seinen Anfang nehmen. — Vorgestern ist hierseits in einem Kaufladen ein falsches Fünfmarskstück angehalten worden. Dasselbe ist preussisches Gepräges und trägt die Jahreszahl 1876; die Masse besteht aus Zink.

III. Inowrazlaw, 24. Februar. [Brände. Schulstatistik. Wahl.] Am 12. d. Mts. brach auf dem Kruggrundstück in Boycin Feuer aus, wodurch das Wohnhaus, der Gasthof, sowie das Wohngebäude des Wirths Jastrzewski ein Raub der Flammen wurden. Ueber die Entstehung des Feuers ist bisher nichts ermittelt worden, es wird jedoch vorläufige Brandstiftung vermutet, da das Feuer auf zwei Stellen zugleich heraufgekommen ist. Dasselbe griff so schnell um sich, daß nur mit Mühe das Leben der Bewohner und das lebende Inventar gerettet werden konnte. — Am 6. d. Mts. brannten auf dem Grundstück des Wirthes Raaz in Tarkowo-Hauland ein Wohnhaus, ein Stall und eine Scheune nieder, wobei sämmtliches todt und lebende Inventar mitverbrannte. Ferner brannte am 10. d. Mts. die Mühle des Grundbesitzers Wagner in Gnielowo ab. — Die Zahl der zur Zeit die hiesige Simultanische besuchenden Kinder beträgt 967. Hierbon sind 552 katholisch, 293 evangelisch, 122 jüdisch. Die Anzahl der Klassen beträgt 16; dieselben sind in 3 Schulhäusern untergebracht. Die Zahl der Lehrer beträgt einschl. des Rektors 15; von diesen sind einschl. des Rektors 6 evangel., 7 katb., 2 jüdisch. — Die Neuwahl eines Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Inowrazlaw-Mogilno findet, wie bereits mitgetheilt, am 26. März d. J. statt. Unsere Stadt, deren Seelenzahl nach den aufgestellten Listen 9169 beträgt, ist zu der bevorstehenden Wahl in drei Wahlbezirke getheilt worden.

## Aus dem Gerichtssaal.

-h. Posen, 27. Februar. [Schwurgericht. Vorsätzliche Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge. Theilnahme am Betrüge und Meineid.] Die erste heute zur Verhandlung kommende Anklagesache war die wider den 36 Jahre alten Einwohner Martin Schult, welcher bis dahin noch nicht bestraft ist. Derselbe ist angeklagt, am 11. November 1877 seine Ehefrau Franziska geb. Kapierala zu Chyby vorsätzlich körperlich gemißhandelt zu haben und zwar derart, daß durch diese Mißhandlung der Tod der Franziska Schult verursacht worden ist. An dem genannten Tage, einem Sonntage, befand sich der Angeklagte in der Schänke zu Chyby, während seine Ehefrau zu Hause in Gesellschaft der Nachbarn Hedwig Fractomiat Schnaps trank. Als Schult am späten Nachmittage heimkehrte, fand er seine Ehefrau betrunken auf der Erde liegend vor. Er ergriff einen dicken Stod und hieb damit auf seine Ehefrau los und zwar über Rücken, Hüfte und Gesicht. Die Journalistin Zielska, welche im demselben Hause wohnte, kam hinzu und entriß dem Angeklagten den Stod, worauf der Angeklagte seiner Ehefrau mit seinen Stiefelabsätzen verschiedene Stöße in die Seite versetzte und demnach mit einem zweiten Stod die Mißhandlungen fortsetzte. Auf den Hilferuf der Zielska erschienen mehrere Frauen in dem Zimmer, darunter auch die Hedwig Fractomiat, welche dem Angeklagten auch den zweiten Stod entwand. Schult vertrieb aber die Frauen, indem er ihnen mit Schlägen drohte und verschloß die Stubenthür. Darauf ergriff er eine Heugabel am hölzernen Ende und schlug mit dem Eisenheil auf seine Ehefrau los. Die herbeigekommenen Leute bewogen den Angeklagten endlich die Thüre zu öffnen und trugen die Frau Schult vor das Haus, woselbst sie dieselbe niederlegten. Gleich darauf erschien auch Schult vor dem Hause und schlug von Neuem mit einem Stode auf seine Frau ein, wobei er noch äußerte, daß der Stod eigentlich zu dünn sei und in seinen Schlägen fortfuhr, obwohl seine Frau ihn bat, sie doch nicht mehr zu schlagen. Er hatte schließlich eine hölzerne Schaufel aus seiner Wohnung geholt und damit so lange gehauen, indem er lachend jeden Schlag zählte, bis die Schaufel zerbrach. Die verheirathete Schult wurde dann auf den herrschaftlichen Hof gebracht, am andern Tage aber wieder in ihre Wohnung juristransportirt. In der Nacht vom 16. zum 17. November verschied die verheirathete Schult. Während ihrer Krankheit war dieselbe von dem Sanitätsrath Dr. Kramarskiwicz behandelt worden. Derselbe hatte bei der Untersuchung gefunden, daß die Oberfläche des Körpers vom Nabel bis an die Kniee vollständig dunkelbraun gefärbt war, daß die Mißhandelte festig hiebte und über Schmerzen im ganzen Körper klagte. Dr. Kramarskiwicz hielt schon damals den Zustand der Kranken für lebensgefährlich. Die Section der Leiche ergab, daß blutrothe Fledermausbildungen unter der rechten Brust, an beiden Armen und Händen, auf beiden Seiten der Weichen, in der Leistengegend und an den Oberschenkeln bis an das Knie sich ausbreiteten und daß unter diesen Fledermausbildungen überall das Zellgewebe und die Muskulatur mit massenhaftem Blutgerinnsel durchsetzt war. Der Angeklagte bekannte sich nicht schuldig, indem er behauptete, bei Begehung der That vollständig betrunken gewesen zu sein. Die vernommenen Zeugen, deren sieben vorgeladen waren, bezeugten im Wesentlichen die Ausführungen der Anklage. Sanitätsrath Dr. Kramarskiwicz wiederholte seine bei der Untersuchung der Kranken gemachten Wahrnehmungen, Kreisphysikus Medizinalrath Dr. Gall endlich gab den Befund der Section und sein darauf gegründetes Gutachten, welches dahin geht, daß die Frau Schult an den ausgebreiteten Blutergießungen in ihren äußeren Körpertheilen und zwar an der dadurch bedingten Nerven-erschöpfung zu Grunde gegangen ist, daß diese Blutergießungen sehr bedeutende und gewaltthätige Mißhandlungen mittelst harter, stumpfer Körper voraussetzen und die vom Angeklagten gebrauchten Instrumente und zwar eine Heugabel und ein dicker, knorriger Kreuzdornstod sich durchaus dazu eignen, schwere Verletzungen herbeizuführen. Als neu erwähnt der Herr Sachverständige, daß der Angeklagte an epileptischen Krämpfen leide und derartige Leiden immer zum Jähorn geneigt seien. Auf Antrag der Vertheidigung war noch eine Zusatzfrage dahin gestellt, ob der Angeklagte zur Zeit der That in einem Zustande der Bewußtlosigkeit oder transtharischer Störung der Geistes-thätigkeit befunten habe, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Die Geschworenen erklärten den Angeklagten für



Schuldig, verneint die Zusatzfrage, bejahte jedoch die Frage nach mildernden Umständen. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren.

Der Anklage zum Betrug ist angeklagt der bereits 7 Mal und darunter dreimal wegen Betruges bestrafte Fleischergehilfe Joseph Tesche aus Kleinitz, Kreis Nimtsch. Der Anklageschrift entnehmen wir Folgendes: Eines Nachmittags im Monat Juli 1877 fuhr der Knecht Joseph Mielcarzewicz aus Breschen von Posen nach Breschen. Zwischen Posen und Schwesenz sah er in einem Chausseegraben den Angeklagten und eine Frauensperson sitzen, in welcher später die Magd Josepha Somiejska festgestellt wurde. Beim Herannahen des Wagens erhoben sich diese Personen und während der Angeklagte auf einen Feldweg abbog, ging die Somiejska neben dem Wagen her. Nach einer Weile blickte sich dieselbe und hob vom Boden ein kleines Portemonnaie auf, in welchem sich eine goldbällige Münze, auf welcher auf der einen Seite eine Dame auf der andern Seite eine Krone ausgeprägt war, befand. Auf die Aufforderung des Mielcarzewicz, welchem die Somiejska den Fund vorgezeigt hatte, daß die Münze ausländisches Geld sei, mißgütigweise aber auch nur eine Spielmarke, rief die Somiejska den noch in der Nähe befindlichen Angeklagten herbei, welcher nach Besichtigung der Münze erklärte, daß dieselbe einen Werth von 6 Thalern 20 Sgr. habe. Die Somiejska fuhr nun mit Mielcarzewicz bis nach Briesen. Hier, wo die Pferde gestutet wurden, zeigte die Somiejska dem Mielcarzewicz zwei gleiche Münzen mit der Behauptung, daß die zweite sich gleichfalls in dem Portemonnaie befunden hätten und bat ihn, ihr das Geld zu wechseln oder die Einwechselung zu vermitteln. Mielcarzewicz wandte sich an den Fuhrknecht George aus Briesen, der gleichfalls mit seinem Fuhrwerk in Briesen hielt. Von George forderte die Somiejska für jedes Goldstück 6 Thaler mit dem Bemerkten, daß sie ihm an jedem Stücke 20 Sgr. verdienen lassen wollte. George erklärte aber, daß er so viel Geld nicht bei sich habe und daß er ihr auf jedes Goldstück vorläufig nur einen Thaler, den Rest aber nach der Einwechselung in Briesen zahle wolle. Hierauf ging die Somiejska ein und nahm die zwei Thaler von George. In Briesen aber stellte es sich heraus, daß die angeblichen Goldstücke nur Spielmarken waren. Die Somiejska ist durch rechtskräftiges Erkenntnis des kgl. Kreisgerichts in Schroda vom 1. Dezember 1877 wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis bestraft. Der Angeklagte, welcher im August 1877 zu Kreuzburg gleichfalls Spielmarken zu einem Betrugsversuch benutzte und deswegen von dem Schwurgerichte zu Oppeln am 10. Dezember 1877 bestraft ist, wird wesentlich durch die Aussage der Somiejska belastet. Nach dieser Aussage habe der Angeklagte die Somiejska bereitet, die Spielmarken, von denen er mehrere besaß, als Geld unterzubringen. Als sie in dem Chausseegraben zwischen Posen und Schwesenz sitzend den Fuhrmannswagen hätten herankommen sehen, hätte sie der Angeklagte dahin instruiert, daß er vorausgehen wolle und das Portemonnaie auf der Straße fallen lassen werde, sie solle dann im Vorbeikommen dasselbe als gefunden aufheben und die darin befindlichen Spielmarken als echte Goldstücke ausgeben. Sie habe auch diese Vorschriften befolgt und habe insbesondere der Instruction des Angeklagten gemäß, diesen herangerufen, damit er ihre Angabe, daß die gefundenen Münzen goldwertige Geldstücke seien, bekräftige. Der Angeklagte bekannte sich nicht schuldig. Bei Aufzählung der Zeugen stellte sich heraus, daß die Zeugin Somiejska nicht erschienen war, weil ihr jetziger Aufenthaltsort nicht ermittelt werden konnte. In Folge dessen beschloß der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwaltes die Sache zu verurtheilen.

In der dritten heute anstehenden Sache erschien unter der Anklage des Meineides der Tagelöhner Johann Wiatra, 35 Jahre alt und bereits bestraft durch das königliche Schwurgericht in Lissa im Jahre 1867 wegen Körperverletzung mit sechs Monaten Gefängnis. Aus dieser Untersuchungssache verschuldete der Angeklagte der Kasse des königlichen Kreisgerichts in Lissa die Summe von 100 Thalern 19 Sgr. Am 25. März 1869 überwieß die Kassenverwaltung des genannten Gerichtes den erwähnten Betrag der Kasse des Kreisgerichts in Schrimm. Da die gegen den Angeklagten vollstreckte Exekution fruchtlos ansah, so wurde demselben auf dem Gerichtstage zu Xions von dem Kreisgerichtsrath Treutler unter Zuziehung des Aktuars Bajerowicz am 5. Juli 1876 der Manifestationsseid abgenommen. In dem damals aufgenommenen Vermögensverzeichnis hatte der Angeklagte unter der Rubrik „ausstehende Forderungen“ angegeben, daß er seinem Bruder, dem Müller Michael Wiatra 9 Mark geliehen habe. Die Anklage hält den Manifestationsseid um desfalls für wissentlich falsch geschworen, weil der Angeklagte eine ausstehende Forderung von 600 Mark an den Wirth Valentin Butowski in Batrzewo-Hauland vorzüglich verschwiegen hat. Vor etwa vier Jahren verheiratete sich die Schwester des Angeklagten Josepha mit dem Wirth Valentin Butowski. Dem Letzteren überließ der Vater des Angeklagten die ihm gebührende Wirthschaft Batrzewo Nr. 3 und wurde in dem Ueberlassungsvertrage dem Angeklagten eine Abfindung von 600 Mark ausgesetzt. Diesen Betrag hat Butowski dem Angeklagten bezahlt. Im Februar 1876 heirathete der Angeklagte eine Tochter des Wirthes Valentin Butowski in Batrzewo-Hauland. Vor der Hochzeit zahlte er an den Butowski 600 Mark und wurde verabredet, daß der Angeklagte noch 600 Mark zahlen und ihm sodann die Hälfte der Butowski'schen Wirthschaft überlassen werden sollte. Da das Verhältniß zwischen dem Angeklagten und dessen Schwiegervater sich ungünstig gestaltete und letzterer in Folge dessen den Ueberlassungsvertrag nicht abschließen wollte, forderte der Angeklagte den Butowski wiederholt zur Rückzahlung der 600 Mark auf. Am 5. April 1876 sollte die Rückzahlung des Geldes erfolgen, der Angeklagte nahm es aber, obwohl Butowski dasselbe ausgezahlt hatte, damals nicht an. Am Tage der Ableistung des Manifestationsseides am 5. Juli 1876 machte der Aktuar Bajerowicz dem Angeklagten darauf aufmerksam, daß er aus einer Wirthschaft in Batrzewo-Hauland 600 Mark zu fordern habe, was aber vom Angeklagten bestritten wurde. Als der Angeklagte am 26. Juli 1876 auf Außenarbeit gehen wollte, bat er seinen Schwiegervater, das Geld aus seinen Butowski'schen Namen bei der Spar- und Vorschußkasse des Industrie-Vereins in Xions anzulegen, damit das Gericht nicht gewahr werden sollte, daß er, der Angeklagte, Vermögen

habe. Die Geschworenen bejahten auf Grund der vor ihnen geführten Verhandlung der Schuldfrage und der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen Meineides mit drei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre und erkannte endlich auf die dauernde Unfähigkeit des Angeklagten, als Zeuge oder Sachverständiger vernommen zu werden.

**Berlin, 26. Febr.** Eine für die Vermieter von möblirten Zimmern sehr bemerkenswerthe Entscheidung ist vor Kurzem (am 6. Februar d. J.) vom Straßensat des Ober-Tribunals gefällt worden. Der hiesige Gewerbetreibende G. hatte seit dem Jhr. 1876 in seiner Wohnung drei heizbare möblirte Zimmer gewerbsmäßig vermietet und erst einen Monat darauf der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern behufs Veranlagung zur Gewerbesteuer davon Anzeige gemacht. Die Steuerdirektion beantragte hierauf die Bestrafung des G. wegen Gewerbesteuer-Kontravention, weil er diesen Gewerbebetrieb erst nach dem Anfange desselben angezeigt hatte. Das Kammergericht trat dieser Auffassung bei und verurtheilte den G. und die von ihm gegen eingeleitete Nichtkeußerbeschwerde wurde vom Obertribunal zurückgewiesen, indem es motivirend ausführte: Der von dem Imploranten erwähnte Beweisanzug, daß er im November seinen Gewerbebetrieb angezeigt habe, ist aus dem Grunde abgelehnt, weil nicht anzunehmen sei, daß der Anfang des betriebenen steuerpflichtigen Gewerbes angezeigt worden sei, wenn die Anzeige erst nach dem Anfange des Betriebes erfolge. Dieser Ablehnungsgrund ist nach § 17 des Gesetzes vom 3. Juli 1876 rechtlich durchaus zutreffend. Nach dieser Entscheidung müssen die gewerbsmäßigen Vermieter von möblirten Zimmern gleichzeitig mit dem Beginne des Gewerbes oder vorher der Steuerbehörde davon Anzeige machen, wenn sie sich vor Bestrafung schützen wollen.

**Krefeld, 26. Febr.** Verschiedene Händler, welche verfälschte Lebensmittel feil gehalten haben (Kesselpfeffer mit Schmirnath gemischt, Rüstabläthen mit Schmirnath und Stärkemehl gemischt u. a.) wurden von der Polizei sämtlich mit 15 Mk. über 5 Tage Haft bestraft und die Namen veröffentlicht. Letztere Maßregel dürfte am besten solche Verfälschungen verhindern. (Kreuztg.)

### Vermischtes.

\* **Der zweite Subscriptionsball**, der am Dienstag im Berliner Overhaus stattfand, scheint weniger besucht gewesen zu sein, als der erste, obwohl die Berliner Blätter meldeten, daß der Andrang zu Billets groß war. Wenigstens behauptet der „Börs. Cour.“, daß Freibillets mit „vollen Händen“ gependelt worden seien. Um übrigen nahm der Ball, dem der Hof beizuwohnt, den üblichen Verlauf.

\* **Memel, 22. Febr.** [Kassendefekte.] Großes Aufsehen erregen die Defekte, welche in den Kassen des Kreditvereins und des Armenunterstützungsvereins zur Verhütung der Bettelerei entdeckt wurden. Veranlaßt sind dieselben durch den früheren Rentanten beider Kassen. Bei dem Armenunterstützungs-Verein beträgt das Manco 3000, bei dem Kreditverein 20,675 Mk. Von letzterer Summe sind 6000 Mk. durch die Kautions und 9000 Mk. durch eine auf das dem betreffenden Herrn gebührende Grundstück eingetragene Hypothek gedeckt, der Kreditverein würde demnach nur um 5675 Mark geschädigt. Wie in der jüngst abgehaltenen General-Versammlung des Kreditvereins mitgeteilt wurde, haben die Revisionen die Bücher in großer Unordnung vorgefunden; nicht weniger als 70 Seiten waren nicht aufgerechnet; außerdem waren verschiedene Mitgliederbeiträge eingezogen und in Einnahme gestellt, aber nicht zur Kasse abgeführt worden. Die Sache ist bereits beim Staatsanwalt zur Anzeige gebracht. Der Kassirer war bis vor Kurzem noch Stadtverordneter und Kirchenrath der St. Johannisgemeinde, hat aber in Folge der erwähnten Vorgänge sich genöthigt gesehen, beide Ehrenämter niederzulegen.

\* **Spanische Staatsschuld-Obligationen.** Laut Mittheilung des Spanischen Konsulates in Hamburg sind kürzlich in Madrid nachstehend aufgeführte Titres der Spanischen Staatsschuld unterfalscht worden und zwar: Emission von 1870 Serie A. Nr. 1178 1179 6717 42159 123326 123327 148865 148866 210956. Serie B. Nr. 2461 2462 66718 112876—112882 139308—139311 incl., 139318 139321 139592 139597 139612. Serie C. Nr. 9913 20259 20366 29959.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Basner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 28. Februar.** Im Reichstag wurde die Interpellation des Abg. Winterer, betreffend das Verbot der Herausgabe des projektirten politisch-kirchlichen Wochenblattes „Der Elsäßer“ durch den Oberpräsidenten verhandelt. Winterer begründete die Interpellation. Unterstaatssekretär Herzog erklärte, der Fall sei zur Kenntniß der Regierung gelangt. Nach Ansicht der Regierung laufe die Verfügung des Oberpräsidenten den bestehenden Gesetzen nicht zuwider; diese geben dem Oberpräsidenten die Befugniß, in Fällen, die ihm gefährlich drohend scheinen, Blätter zu verbieten. Es könne fraglich sein, ob die Regierung das Recht hat, eine Zeitung vor ihrem Erscheinen zu verbieten; die Regierung meine, sie habe dies Recht, sobald sie im Voraus von der Absicht der Zeitung überzeugt sei. Der Interpellant selbst habe an den Oberpräsidenten die Frage gerichtet, ob er die Zeitung zu verbieten gedente und den Wunsch geäußert, dies möglichst bald zu erfahren, damit nicht unnötige Vorbereitungen ge-

trossen würden. Es sei also die Möglichkeit des Verbots vorausgesetzt worden; übrigens gedente der Reichsminister keine Schritte zu thun, und das Verfahren des Oberpräsidenten zu reprobieren. Auf Antrag des Abg. v. Schorlemer-Mast folgte eine Besprechung der Interpellation. Bei derselben erklärte Unterstaatssekretär Herzog, die Regierung würde gern das deutsche Pressegesetz in Elsaß-Lothringen einführen, könne dies aber nicht, ohne der in Elsaß-Lothringen ungleich bedenklicheren Agitation der ultramontanen Presse Vorschub zu leisten. — Auf die Interpellation Eysoldt erklärte der Reichsminister des Innern Hofmann, der Gesetzentwurf über die Unterstüßung der Familien zum Dienste einberufener Reservisten und Landwehrmänner sei ausgearbeitet und werde dem Reichstage in nächster Zukunft zugehen, ob noch im Laufe der Session, sei ungewiß. Bezüglich der Regelung der Kommunalverhältnisse der Militärpersonen seien die entgegenstehenden Schwierigkeiten noch nicht gehoben, die Regierung beabsichtige, nicht eher die Vorlage einzubringen, bis die Verhältnisse sich geändert haben.

### Im Namen des Königs.

In der Untersuchungssache wider den Buchhändler Joseph Chociszewski aus Posen und Genossen hat das königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Strafsachen, in seiner Sitzung vom 19. Januar 1878, in welcher anwesend waren:

- I. als Richter:
  1. der Kreisgerichtsrath Groß, als Vorsitzender,
  2. der Kreisgerichtsrath v. Potworowski, als Beisitzer,
  3. der Kreisgerichtsrath Gregor, als Beisitzer,
- II. als Beamter der Staatsanwaltschaft: der Staatsanwalt Ude,
- III. als Gerichtsschreiber: der Referendar Kämpfe,
- IV. als Dolmetscher: der Bureau-Assistent v. Michalski

auf Grund vorgängiger öffentlicher mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

- daß
- I. die Angeklagten:
    1. der Buchhändler Joseph Chociszewski,
    2. der Prälat Professor Dr. Eduard Witowski,
    3. der Buchhändler Johann Constantin Zupański,sämtlich aus Posen, der öffentlichen, durch die Presse verübten Beleidigung des königlichen Preussischen Staatsministeriums und zwar ad 1 in zwei Fällen, schuldig und deshalb
    - a) Chociszewski in 10 Tage Gefängnis,
    - b) Witowski in eine Geldstrafe von einhundert Mark, welcher für den Fall des Unvermögens 10 Tage Gefängnis zu substituieren,
    - c) Zupański in fünfzig Mark Geldstrafe, welcher für den Fall des Unvermögens 5 Tage Gefängnis zu substituieren, zu verurtheilen,
  - II. die Kosten der Untersuchung den 3 Angeklagten unter solidarischer Verhaftung für die baaren Auslagen aufzuerlegen,
  - III. auf den Antrag des beleidigten königlichen Preussischen Staatsministeriums binnen 4 Wochen nach Empfang einer Ausfertigung des rechtskräftigen Erkenntnisses der verfügbare Theil des Erkenntnisses auf Kosten der Angeklagten einmal im „Dziennik poznański“ in polnischer Sprache und einmal in der „Posener Zeitung“ in deutscher Sprache öffentlich bekannt zu machen,
  - IV. 1. die Druckschrift: „Najnowsze prorocstwo“ etc. in folgender Stelle: „Mowa Ojca S. do patników“ etc. Seite 7 bis zu den Worten: „I wymawiają to słowo“ Seite 8.  
2. die Druckschrift: „Piast Kalendarz Polski Ludowy na rok 1878“ etc. und namentlich der Artikel: „Śpiący biały orzeł“ in folgenden Stellen:
    - a) von den Worten: „O Królowo Polski“ etc. bis zu den Worten: „O Matko Najświętsza“ Seite 131;
    - b) von den Worten: „Usnąłem — i zdawało“ etc. bis zu den Worten: „Zgorzkniałe mi życie“ etc. Seite 132;
    - c) von den Worten: „Chciałem powstać“ bis zu den Worten: „Białe piory anioł“ etc. Seite 133;
    - d) von den Worten: „Rzecz anioł białopióry“ bis zu dem Wort: „powstałem“ Seite 134;
    - e) von den Worten: „Biedny ptak“ bis zu den Worten: „i niewola“ Seite 137;
    - f) von den Worten: „I odjęta została moc“ bis zu den Worten: „Teraz patrz na doł“ Seite 138;
    - g) von den Worten: „Gdy już wiarus“ bis zu den Worten: „Kiedy na“ Seite 140.
  3. die Druckschrift: „Mowa załobna na cześć“ etc. in folgenden Stellen:
    - a) von den Worten: „Rządowi bacznie śledzącemu“ etc. Seite 18 bis zu den Worten: „Pozbawiony możności“ etc. Seite 19
    - b) von den Worten: „A tymczasem nadeszła“ Seite 23 bis zu den Worten: „Sp Jan jako“ Seite 24;
- in allen vorfindlichen Exemplaren sowie die zur Herstellung jener Stellen bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen.  
Von Rechts Wegen.

### Konkurs-Eröffnung

**Königliches Kreisgericht zu Wągrowitz Erste Abtheilung.**  
Wągrowitz, den 7. Februar 1878, Vormittags 11 Uhr.  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Wolff Vincenz** zu Janowitz ist der kaufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungs-Einstellung auf den 7. Februar 1878 festgesetzt worden.  
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Agent **David Förder** zu Wągrowitz bestellt.  
Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf **den 25. Februar c.,** Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar Kreis-Richter **Disse** anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.  
Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas ver-

schulden, wird aufgegeben, Nichts anders zu verabsolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum **12. März 1878 einschließlich** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendort zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.  
Zugleich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum **21. März 1878 einschließlich** bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf **den 9. April cr.,** Vormittags 10 Uhr, vor dem Kommissar Kreisrichter **Disse** hiersebst zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.  
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeihen.  
Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwält **Kittel, Salom und Zaege** zu Sachwaltern vorgeschlagen.  
Wągrowitz, den 12. Febr. 1878.  
**Königliches Kreisgericht. Erste Abtheilung.**  
Der Kommissar des Konkurses.

**Königliches Kreis-Gericht.**  
Gnesen, den 2. Februar 1878.  
**Nothwendiger Verkauf.**  
Das dem **Victor Musolf** gehörige Gut **Charbin**, das mit einer Gesamtfläche von 171 Hektare 41 Are 53 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Reinertrage von 556,94 Thlr. zur Grundsteuer und einem Nutzungswerte von 288 R.-M. zur Gebäudesteuer veranlagt ist, soll in nothwendiger Subhastation **am 9. April 1878,** Vormittags 10 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft, und das Urtheil über die Ertheilung oder Verlegung des Zuschlages an demselben Tage Vormittags 1½ Uhr verkündet werden.  
Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist, ingleichen etwaige besondere Bedingungen können im Bureau III. eingesehen werden.  
Gleichzeitig werden alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitig zur Wirksamkeit gegen Dritte der Ein-

tragung in das Hypothekenbuch bedürftig, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.  
Der Subhastationsrichter.  
**Robach.**  
**Handelsregister.**  
Die in unserm Firmen-Register unter Nr. 1585 eingetragene Firma: **Dr. Zahnke**, deren Niederlassungsort **Jerzyce, Kreis Posen** war, ist erloschen **Posen, den 20. Februar 1878.**  
**Königl. Kreis-Gericht.**  
**Proclama.**  
Die am 9. August 1837 geborene, unverheiratete **Ferdinande Emilie Wilhelmine Wapphal**, Tochter der **Friedrich Wilhelm u. Wilhelmine Friederike** geb. **orne**, welche ihren letzten ordentlichen Wohnsitz in **Einquin, Kreis Bromberg**, gehabt haben, ist seit 10 Jahren verstorben. Dieselbe war bis Anfang Januar 1867 Wirthschafterin bei dem Domänenpächter **Wandell** in **Duchnit, Kreis Samter**, traf am 4. Januar ejusd. zum Besuch bei ihrer Schwester in **Posen** ein und entfernte sich am 7. Januar ejusd. a. aus deren Wohnung, ohne dahin zurückzukehren.  
Es ergibt deshalb an sie, sowie an bisher etwa noch unbekannte Erben u. Erbennehmer derselben die Aufforderung, sich spätestens in dem **auf den 2. Oktober 1878,** Vormittags 11 Uhr, in unserm Gerichtsgebäude Zimmer Nr. 1 anberaumten Termine schriftlich oder persönlich zu melden, und daselbst weitere Anmeldung zu erwarten, widrigenfalls die Verstorbenen selbst für todt erklärt und ihr Nachlaß den nächsten bekannten Erben mit den Folgen der §§ 834. Abg. Alg. Landrechts II, 18, zuerkannt werden wird.  
Grona a./Br., den 20. Novbr. 1877.  
**Königliche Kreisgerichts-Kommission I.**  
**Das Gartenetablisement Urbanowo bei Posen** ist vom 1. April zu verpachten. Näheres durch den Rittergutsbesitzer **Fobian** in **Solacz bei Posen.**  
(Beilage)



## Aufkündigung

von Rentenbriefen der Provinz Posen.

In der heute öffentlich bewirkten Auslosung der zum 1. April 1878 zu tilgenden Rentenbriefe der Provinz Posen, sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Littern und Nummern gezogen worden, welche den Besitzern unter Hinweisung auf die Vorschriften des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 § 41 u. ff. „zum 1. April 1878“ mit der Aufforderung gekündigt werden, den Kapitalbetrag gegen Quittung und Rückgabe der Rentenbriefe in coursfähigem Zustande, mit dem dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons Ser. IV. Nr. 8 bis 16 und Talons von dem gedachten Kündigungstage an, auf unserer Kasse in Empfang zu nehmen.

Die gekündigten Rentenbriefe können unserer Kasse auch mit der Post, aber frankirt und unter Beifügung einer nach folgendem Formulare:

„nachstehend:“  
 „zum 1. April 1878“  
 „Rentenbriefe Littern“  
 „habe ich aus der Königl. Rentenbank-Kasse in Posen erhalten, worüber diese Quittung.“  
 (Ort, Datum und Unterschrift)

ausgestellten Quittung eingefendet und die Uebersendung der Talons kann auf gleichem Wege, jedoch nur auf Gefahr und Kosten des Empfängers, beantragt werden. Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß die Nummern aller gekündigten resp. noch rückständigen Rentenbriefe durch die Seiten der Redaktion des Königl. Preussischen Staats-Anzeigers herausgegebene Allgemeine Verlosungs-Tabelle sowohl im Mai, als auch im November jeden Jahres veröffentlicht werden und daß das betreffende Stück dieser Tabelle bei der gedachten Redaktion zum Preise von 25 Pf. bezogen werden kann.

Königliche Direktion  
 der Rentenbank für die Provinz Posen.

## Verzeichniß

der am 13. November 1877 ausgelosten und am 1. April 1878 fälligen Posener Rentenbriefe.

Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.	Nr.
Litter. A. zu 1000 Thlr. (3000 Mark) 67 Stück.							
383	1770	2812	4338	5433	6737	7909	9707
399	1945	2935	4592	5445	6853	7994	9742
468	2002	3068	4656	5612	6884	8107	9934
494	2117	3164	4780	6028	6904	8258	10029
520	2149	3597	4846	6060	7430	8395	—
687	2161	3790	4881	6267	7609	9077	—
818	2169	3886	5032	6268	7776	9417	—
1043	2422	3921	5080	6319	7798	9468	—
1633	2550	3946	5344	6327	7858	9595	—
Litter. B. zu 500 Thlr. (1500 Mark) 19 Stück.							
244	450	623	1043	1982	2266	2721	—
432	594	672	1533	2010	2454	—	—
446	613	804	1908	2054	2495	—	—
Litter. C. zu 100 Thlr. (300 Mark) 71 Stück.							
222	1654	3209	4795	6515	7290	9047	9329
864	1784	3470	5250	6540	7588	9130	9337
991	1818	3991	5350	6565	7785	9162	9365
1102	2071	4002	5686	6725	7803	9197	9392
1132	2199	4087	5755	6769	7811	9301	9444
1212	2233	4358	5866	6876	7815	9303	9452
1238	2269	4366	5980	6884	7981	9305	9454
1506	2859	4519	6122	7069	8501	9308	9476
1525	3141	4523	6341	7200	8989	9312	—
Litter. D. zu 25 Thlr. (75 Mark) 56 Stück.							
34	636	1760	2771	3983	4973	5910	6429
62	652	1830	2878	4117	5131	5958	6806
70	697	1899	2978	4205	5353	6001	7080
101	773	2012	3185	4318	5404	6164	7092
115	842	2166	3719	4339	5471	6237	7199
120	852	2598	3902	4632	5684	6269	7283
591	1208	2733	3928	4703	5872	6273	7350

## Bekanntmachung.

Bei der heute planmäßig stattgefundenen Auslosung sind folgende am 1. April 1878 bei der hiesigen Kreis-Kommunal-Kasse einzulösende Obligationen des Meseritzer Kreises gezogen worden:

### I. Emission.

Littera A. zu 1500 M. 1 Stück Nr. 2.  
 Littera B. zu 300 M. 15 Stück:  
 Nr. 59. 64. 65. 68. 72. 73. 74. 78. 79. 80. 83. 84. 85. 86. und 87.

Littera C. zu 150 M. 40 Stück:  
 Nr. 136. 137. 142. 144. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 155. 157. 159. 160. 161. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 171. 172. 175. 217. 221. 223. 224. 225. 228. 229. 230. 232. 233. 234. 235. 236. und 238.

Littera D. zu 75 M. 75 Stück:  
 Nr. 876. 877. 878. 879. 881. 883. 884. 885. 887. 888. 891. 893. 908. 909. 910. 911. 913. 915. 916. 919. 920. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 991. 1003. 1004. 1005. 1006. 1007. 1008. 1009. 1010. 1014. 1015. 1017. 1018. 1019. 1021. 1022. 1023. 1025. 1026. 1027. 1029. 1030. 1032. 1033. 1034. 1035. 1038. 1039. 1041. 1042. 1043. 1044. 1046. 1049. 1050. 1051. 1052. 1054. 1055. 1056. 1057. 1059. 1060. 1080. 1081. 1082. 1083. und 1086.

### II. Emission.

Littera D. zu 75 M. 33 Stück:  
 Nr. 1703. 1704. 1705. 1707. 1708. 1710. 1721. 1722. 1723. 1725. 1726. 1731. 1737. 1741. 1743. 1744. 1745. 1746. 1748. 1751. 1752. 1754. 1755. 1757. 1758. 1770. 1772. 1773. 1774. 1775. 1776. 1777. und 2165.

### IV. Emission.

Littera C. über 300 M. 3 Stück:  
 Nr. 3. 5. und 10.  
 Littera D. über 120 M. 5 Stück:  
 Nr. 111. 116. 117. 120. und 123.

Außerdem sind noch nicht eingelöst:  
 Littera D. Nr. 1. IV. Emission über 120 M.  
 aus der Verlosung vom 25. September 1876:  
 Littera B. Nr. 37. und 58. I. Emission über je 300 M.  
 Littera C. Nr. 90. 91. 109. 110. 120. und 128. I. Emission über je 150 M.  
 Littera D. Nr. 860. und 867. I. sowie  
 Nr. 2005. 2007. 2021. 2022. 2023. 2041. 2042. 2043.

2046. 2053. 2061. 2064. 2117. 2123. 2130. und  
 2157. II. Emission über je 75 M.  
 Littera C. Nr. 1. IV. Emission über 300 M.  
 Littera D. Nr. 9. 12. 13. und 14. IV. Emission über je 120 M.  
 Meseritz, den 4. Oktober 1877.

Der Königl. Landrath.  
 v. Diembowski.

Pleschen, den 26. September 1877.

## Aufkündigung

nachstehender Obligationen des Pleschener Kreises.

I. Kreis-Chausseebau-Anleihe vom Jahre 1857 im Betrage von 108,125 Thlr.

Litt. B. über 100 Thlr. oder 300 Mark.

Nr. 5 12 25 27 36 38 40 55 68 92 93 110 115 118 120 154 165 169 177 198 202 211 216 234 237 248 255 265.

Litt. C. über 50 Thlr. oder 150 Mark.

Nr. 4 18 19 20 21 22 28 32 33 34 35 36 42 61 62 63 66 71 75 76 77 83 85 86 87 88 90 94 102 313 319 327 331 332 335 338 347 348 350 351 361 365 392 393 394 396 398 438 463 494 501 513 514 516 517 518 530 536 538.

II. Kreis-Eisenbahn-Anleihe vom Jahre 1873 im Betrage von 900,000 M.

Litt. E. über 75 M.

Nr. 2 3 4 7 26 27 28 29 30 111 148 226 236 237 415 416 417 435 437 438 439 440 441 442 443 444 445 454 455 456 457 458 459 460 461 462 464 465 469 470 471 472 473 474 475 476 477 478 479 480 481 482 483 489 490 491 492 493 634 635 636 702 703 704 705 706 712 713 714 716 717 718 719 720 721 722 723 724 725 757 1090 1301 1304 1305 1306 1307 1308 1309 1310 1311 1312 1313 1314 1315 1316 1317 1318 1319 1320 1339 1340 1356 1361 1362 1363 1364 1365 1366 1367 1368 1372 1373 1715 1716 1717 1718 1719 1720 1721 1722 1723 1724 1725 1726 1997 2029 2030 2032 2033 2034 2035 2036 2037 2038 2039 2040 2041 2042 2043.

Diese Obligationen nebst den dazu gehörigen noch nicht fälligen Zinscoupons und Talons sind am 1. April 1878 auf der Kreis-Kommunal-Kasse hieselbst gegen Bezahlung des Nennwerthes zurückzuliefern.

Pleschen, den 26. September 1877.

## Die Finanzkommission des Pleschener Kreises.

ges. Gregorovius. ges. v. Storaßewski. ges. Graf v. Sotolmicki. ges. Burgold. ges. Zychlinski. ges. Gabler.

Vom 1. März d. J. ab kommen an Stelle der bezüglichen Sätze im Tarif für den Posen-Schlesischen Verbandverkehr für Getreidebeförderungen zwischen Breslau, Oderhamborgerhof und Falkfurt 0,75, Sulcin 0,79, Schroda 0,83 und Godel 0,92 Mark pro 100 Kilogr. zur Erhebung. Für Sendungen von und nach Breslau Stadtbahnhof, Mohren und Pöpelwitzer Weiche erhöhen sich die vorstehenden Frachtsätze für Falkfurt, Sulcin und Schroda um 0,07, für Godel um 0,06 Mark pro 100 Kilogr. Breslau, den 25. Februar 1878.

Direktion der Rechte-Oder-Elbe-Eisenbahn-Gesellschaft als geschäftsführende Verwaltung.

## Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Gegen Rückgabe der Dividendscheine pro 1877, welche von denjenigen Herren Aktionären quittirt sein müssen, die am 31. Dezember 1877 in unseren Büchern als Eigentümer der Aktien eingetragen sind, kann die für das Jahr 1877 festgestellte Dividende von M. 133 D. R. pro Aktie vom 19. dieses Monats ab, an unserer Hauptkassa, im Gesellschaftshause, Breite Weg 7 und 8 hier, in Empfang genommen werden.

Magdeburg, den 18. Februar 1878.

## Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Für den Verwaltungsrath: Der General-Direktor: Schrader. Friedr. Knoblauch.

Mit der Auszahlung der Dividende pro 1877 für die Provinz Posen bin ich bis ultimo März cr. beauftragt.  
 Posen, den 20. Februar 1878.

L. Annuss,  
 General-Agent.

Zur Frühjahrseinstellung empfehle ich den Herren Landwirthen und Gärtnern meinen

Pflanzen-Nährstoff à Ctr. 9 Mk.

Kali-Magnesia-Dünger à Ctr. 5 Mk.

Die Anwendung geschieht am besten einige Wochen vor der Aussaat Näheres durch die Prospekte. Franz Radig, Schweidnitz

Pleschen, den 5. Februar 1878.

P. P.

Hiermit die ganz ergebene Mittheilung, daß wir neben unsrer

Dachpappen-, Holz-, Cement- & Asphalt-Fabrik eine

Wagenfett-Fabrik

errichtet und unter heutigem Tage in Betrieb gesetzt haben. Vortheilhafte Einrichtungen setzen uns in den Stand, in jeder Beziehung, sowohl hinsichtlich der Vorzüglichkeit des Fabrikats, wie der Billigkeit der Preise jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten.

Wir offeriren:

Blaue und gelbe Wagenfette in Fässern

von 150—200 Kilo, 50 Kilo, 12,50 Kilo, in Kisten von 1 Kilo und ½ Kilo, bitten uns mit geeigneten Aufträgen zu beehren und zeichnen mit aller Hochachtung

S. Badt & Grzymisch.

BERLIN BRESLAU DRESDEN LEIPZIG HAMBURG

G. L. DAUBE & Co.

CENTRAL-ANNOYEN-EXPEDITION

der deutschen & ausländischen Zeitungen, in Posen, Friedrichstr. 81.

Alleinige & ausschließliche Vertreter der Hauptblätter des deutschen Reiches für Frankreich, England, Belgien & Holland, sowie fast aller bedeutendsten niederländischen, belgischen und österreichischen etc. Journale für Frankreich resp. Deutschland etc.

RAUPT-ANNAHME-BUREAU

Für Inserate in die Allg. Anzeigen z. Gartenlaube, tägliche direkte Expedition aller Arten von Zeitungen, Localblätter, Kalender etc. der Welt.

Prosp. gratis & billige Bedienung.

Verzeichnisse der Zeitungen aller Länder, sowie Kostenanschläge stehen gratis - franco zu Diensten.

Auf Wunsch Eclairage der Annoncen & Reclames.

Eigene Buchdruckerei mit dampf-Schreibmaschinen-Betrieb.

PARIS FRANKFURT AM MAIN A. SPIRO.

## Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Fabrikbesizers Robert Wersche zu Ratel ist der Tag der Zahlungs-einstellung durch Beschluß des Konkursgerichts auf den 15. November 1877 festgesetzt worden.

Posen, den 12. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht.  
 Erste Abtheilung.

## Bekanntmachung.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 30. Mai 1868 am heutigen Tage stattgehabten Auslosung Samter'scher Kreis-Obligationen sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. B. Nr. 62 Zweihundertsechzig, Nr. 199 Einhundertneundneunzig, über je 500 Thlr.

Litt. C. Nr. 37 Siebenhundertsechzig, Nr. 45 Fünfundvierzig, Nr. 116 Einhundertundsechzig, Nr. 141 Einhunderteinundvierzig, Nr. 183 Einhundertdreißig, Nr. 196 Einhundertsechundneunzig, Nr. 268 Zweihundertachtundsechzig, Nr. 279 Zweihundertneundsechzig, Nr. 304 Dreihundertundvier, über je 100 Thlr.

Litt. D. Nr. 25 Fünfundzwanzig, Nr. 56 Sechsfundfünfzig, Nr. 101 Einhundertundeins, Nr. 123 Einhundertdreißig, Nr. 155 Einhundertfünfundfünfzig, Nr. 177 Einhundertsiebenundsechzig, Nr. 238 Zweihundertachtundsechzig, Nr. 296 Zweihundertsechundneunzig, über je 50 Thlr.

Diese ausgelosten Obligationen werden den Inhabern hierdurch zum 1. Juli d. J. gekündigt und kann vom 1. April d. J. ab der Betrag der Schuldverschreibung nebst den bis zum Tage der Abhebung fälligen Zinsen pro I. Semester 1878 auf der hiesigen Kreis-Kommunal-Kasse erhoben werden.

Vom 1. Juli ab hört jede Verzinsung der gekündigten Obligationen auf.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinscoupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern.

Für etwa fehlende Zins-Coupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Samter, den 11. Januar 1878.

Die ständische Chausseebau-Kommission.

v. Knobloch.

Posen-Grenzburger Eisenbahn.

Es soll die Lieferung unseres Bedarfs von

6000 Kgr. Wagenschmieröl,

9500 " Maschinenschmieröl,

2800 " Brennöl,

16600 " Petroleum,

500 " Salz,

1750 " Kienöl,

6000 bunte Pughbaumwolle

für die Zeit vom 1. April 1878 bis dahin 1879 im Wege der Submission vergeben werden. Offerten sind portofrei und versiegelt mit der Aufschrift:

Submission auf Lieferung von Betriebsmaterialien

bis zum

25. März 1878,

Vormittags 11 Uhr,

an unsere Betriebs-Materialien-Verwaltung, St. Martin 21, eingureichen, in deren Bureau die Eröffnung der eingegangenen Offerten demnächst in Gegenwart der erschienenen Submittenten erfolgen wird.

Die Lieferungsbedingungen, sowie die Offerten-Formulare können gegen portofreie Einreichung von 0,75 M. von unserer Betriebs-Materialien-Verwaltung bezogen werden, woselbst die Bedingungen auch zur Einsicht ausliegen.

Die Direktion.

Mein Gut Amalienhof, etwa 400 Morgen groß, guten Boden, umgeben von Königl. Forst, vollständigem Inventar und alles in guter Ordnung, Biegeleibetrieb, sehr gute Jagd, schöne Lage heiliger Gegend, Chaussee, 3 Kilometer von der Stadt entfernt, beabsichtige aus freier Hand vor der Frühjahrseinstellung zu verkaufen.

W. Schieffener,

Amalienhof, Pr. Strelno.

## Vacante Stadtrathsstelle.

Die Stelle eines befohlenen Magistrats-Mitgliedes unserer Stadt wird durch die Pensionirung des bisherigen Inhabers erledigt und soll auf weitere 12 Jahre neubesetzt werden.

Das pensionsberechtigete Gehalt ist auf 4800 M. festgesetzt.

Geeignete Bewerber, welche namentlich auch hinreichende Kenntnisse und Erfahrungen für die städtische Deconomie- und Forstverwaltung besitzen, werden eingeladen, ihre Meldungen unter Beifügung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes bis zum 20. März d. J. einzureichen.

Der Amtsantritt wird sobald wie möglich, spätestens am 1. Juni d. J. erfolgen müssen.

Stettin, den 22. Februar 1878.

Die Stadtverordneten.

ges. Dr. Wolff.

## Auktion.

Am 11. März d. J., Vormittags von 9 Uhr ab, werden im Hofe des Train-Depots hieselbst, Magazinstraße Nr. 3, verschiedene ausrangirte Gegenstände als: Reitzeugstücke, Holz, Eisen etc. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft.

Posen, den 25. Februar 1878.

Königliches Train-Depot  
 5. Armee-Corps.

Zu kaufen gesucht ein

Rittergut,

über 1000 Morg. groß. Gef. Offerten postlagernd Gildenhof, Posen, sub A. J.

Ein frequentes Södel



Mein Tuch-Lager ist durch den Eingang sämtlicher Neuheiten aufs reichhaltigste ausgestattet und empfehle ich:

**Tuche, Paletot-, Jaquett- und Beinkleider-Stoffe, Westen, Schlipse, Seidene Taschentücher,**

sowie eine großartige Auswahl von **Reisedecken, Schlafdecken, Regenschirmen etc.**

zu wirklich billigen Preisen.

**Robert Schmidt**

vorm. Anton Schmidt, Markt 63.

**Die Wollwäscherei**

von **Carl Helms in Mothenburg a. Oder,**

Knotenpunkt der Märkisch-Posenen u. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn, übernimmt auch dieses Jahr unter bekannten Bedingungen jedes Quantum Wolle zur **fabrikmäßigen Wäsche**, vermittelt den Verkauf der gewaschenen Wolle gegen **Bar**, sowie auf Wunsch deren **Verlebung**. — Sätze zur Schmutzwolle stehen **gratis** zur Verfügung und jede weitere Auskunft wird bereitwillig erteilt.

**Handelschule und kaufm. Hochschule in Gera.**

Am 25. April d. J. Beginn des 29. Schuljahres. Allgemeine, fremdsprachliche (engl., franz., ital.) und handelswissenschaftliche Ausbildung jüngerer (nicht unter 13 Jahre alt) Kurs 3 bis 4-jährig, und Fortbildung älterer aus den höheren Klassen der Gymnasien, Realgymnasien etc., oder aus der kaufm. Praxis u. kommenden Zöglinge (Kurs 2-jährig), nur bei sehr guten Vorkenntnissen weniger, für solche, die kein Reifezeugnis beantragen, in der oberen Abteilung der Anstalt der sog. Hochschule oder Selecta akademische Einrichtung nach semestraler Verpflichtung und Auswahl unter den Collegien. Die Reifezeugnisse der Anstalt berechnen zum 1. Jahr. Freiwilligendienst in der deutschen Armee.

Ueber Schulbesuch aus In- und Ausland, Aufnahme, Lehrgang, Unterkunft etc. Näheres durch die Prospekte.

Gera, 24. Jan. 1878. Dir. Dr. Eduard Amthor.

**Franz Christoph's Salicylsäure-Präparate**

Salicylsäure-Mundwasser a. Fl. 1 u. 2 M.  
Salicylsäure-Zahnpulver a. Schäl. M. 1 u. 1,50.  
Salicylsäure-Zahnpulver a. Streubose 50 Pf. und 1 M.  
Salicylsäure-Kinder-Streupulver a. Streubose 50 Pf. u. 1 M.

**Salicyl-Glycerin-Präparate.**

Salicyl-Glycerin-Toilette-Seife a. Stck. 50 Pf., 1 Cart. enth. 3 Stck. M. 1,25.  
Salicyl-Glycerin-Kopf-Waschwasser a. Fl. 1 M.  
Salicyl-Glycerin-Zahnpulver a. Schäl. 1 M.  
Salicyl-Glycerin-Creme a. Bchf. 75 Pf.  
Salicyl-Toilette-Glycerin a. Fl. 1 M.

Nach den neuesten wissenschaftlichen Erfahrungen bereitet, bieten diese Präparate in ihrer Reinheit und Vollkommenheit die nützlichsten und angenehmsten Toiletten-Mittel.

**Franz Christoph's Parfümerie-Fabrik, Berlin N. W.**

Niederlage für Posen bei Herrn Adolph Asch.

**Die Baugewerkschule der Stadt Eckernförde**

beginnt das Sommersemester am 27. April, den Vorkursus für höhere Klassen am 4. April.

Das Institut hat seine Leistungsfähigkeit in letzter Zeit dadurch wesentlich erhöht, dass es sich ausschliesslich mit der Ausbildung von Hochbautechnikern, also Maurern, Zimmermeistern befasst. — Das Königlich preussische Ministerium für Handel, Gewerbe etc. hat auf Grund einer eingehenden Besichtigung der Anstalt, die Einrichtung derselben als Muster für neu zu gründende Baugewerkschulen mit Staatssubvention hingestellt. Programme und nähere Auskunft kostenlos durch die Direction.

Unter 1874er Holz- und 1876er Weiss-Vandwein verkauft das Eiter 55 und 40 Pfennige. Bei Entnahme größerer Posten billiger.

**Reinhold Bartsch,**

Weinbergsgäßchen in Saabor a. D. per Grünberg.

Wöbl. Stille, 1. St., Schügenstr. 13 vom 1. März zu verm.

Ein möbl. Zimmer sofort billig zu vermieten Schumacherstr. 11.

**LIEBIG** Company's **Fleisch-Extract**

aus FRAY-BENTOS (Süd-Amerika).

Nur ächt wenn die Etiquette eines jeden Topfes nebenstehenden Namenszug in blauer Farbe trägt.

En gros Lager bei dem Correspondenten der Gesellschaft: **Herrn Alphons Peltesohn in Posen.**

Zu haben bei den grösseren Colonial- und Esswaaren-Händlern, Droguisten, Apothekern etc.

Soeben erschienen und von dem un-terzeichneten In-stitut zu beziehen:

**Neuestes grosses Bild**

Sr. Heiligkeit **Papst Leo XIII.**

hergestellt auf photographischem Wege nach der neuesten Aufnahme desselben.

Bildgrösse 46 x 63 Ctmtr.

Lieferung sofort.

Preis **5 Mark** pr. Blatt.

**PAPST LEO XIII.**

Nur durch eine colos-sale Auflage war es möglich, den Preis p. Blatt auf 5 Mark zu normiren und ermähige denselben noch bei Abnahme von 3 Blatt auf 4 Mark p. Blatt. Die günstigsten Urtheile der Presse lassen mich gewiss sein, daß jeder Käufer durch die schöne Ausführung und Ausstattung zufrieden-gestellt sein wird.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß von dem brillant in Oeographie ausgeführten Bilde Sr. Heiligkeit

**Papst Pius IX.**

nach eine Anzahl Exemplare vorrätig ist, die statt des sonstigen Ladenpreises von 20 M. gleichfalls a 5 M. pr. Blatt offerire. Das Bild selbst ist brillant ausgeführt und hat sich Sr. Heiligkeit bei Lebzeiten darüber besonders lobend ausgesprochen, worüber Originalbrief vorliegt.

H. Schoenfeldt (Photot.-Institut), Berlin S. W., Bern-burgerstr. 29.

**Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie zum Besten**

hülfsbedürftiger Schleswig-Hol-steinischer Invaliden und un-be-mittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

**Ziehung der dritten Klasse am 6. März 1878.**

Kaufloose a 3¼ Mark sind in der Expedition der Posener Zeitung zu haben.

**Frischen Lachs, See-Bander,**

Karpfen, Breiten, Hecht, Seebarsch, Dorfsch, Räucherlachs, Spidaal, Ruff, Caviar, mar. Lachs, Almarinaden, Neunaugen, Bratlinge, Ruff, Sardinen, Norweg. Anchovis, Stockfisch, Kabel-jau, Holl. Heringe, Kettlinge ver- sendet billigt **Paul Werner**, Danzig, Fischhandlung.

**Syphilis, Geschl.-u. Hautkrankheit.**

Schwächezust. (Pollut., Impot.) heilt m. sich. Erfolge, auch briefl. Dr. Holzmann, Mühlenstr. 12 part.

Gestern Vormittag verlor ein armer Haushälter ein schwarzes Vorhemden, in welchem sich 2 20-Markstücke und 1 10-Markstück in Gold, circa 5 Mark in verschiedenen Silbermünzen und ein fl. Uhrschlüssel befanden. Der ehrliche Finder wird ersucht, dasselbe gegen Be-lohnung in der Weinhandlung von **Posner u. Sohn**, Breslaustr. 13 bis 14 abzugeben.

Ein Pferdehändler mit oder ohne Re-mise 3. verm. Schützenstr. 2.

**St. Martin 3**, 3 Tr. links, ist ein fl. möbl. Zimmer sof. zu verm.

Ein 2st. Zimmer am Markt ist möbl. oder unmöbl. zu vermieten. Näheres in der Buchhandlung Markt 4.

**Hinterwallische 7** bei Busse ist per 1. April im Parterre- und ersten Stock je eine Mittelw. bill. zu verm.

Wasserstr. 2, per 1. April im 3. St. 3 Stuben mit Zubehör für 120 Thlr.

**Königsstr. 10**, gegenüber d. Int. Theater, 2 eleg. möbl. Zimmer zu verm.

Eine Kellerwohnung, 3 St. ben, Eingang von der Straße. Schuh-macherstr. 20 vom 1. April zu verm.

**M. Glückmann, Kaliski**, Breitestr. 8.

Logis für zwei Herren, St. Martin 54, Hinterhaus, 1 Treppe links.

Zum 1. April c. St. Martin 18, herrschaftliche Wohnungen zu ver-miethen. Näheres daselbst part. rechts.

Auf dem Dom. **Wielewo** wird zum 1. April eine tüchtige deutsche **Wirthin** gesucht.

Zwei geprüfte katholische **Kindergärtnerinnen** suchen vom 1. April ab Stellen in katholischen Familien. Näheres bei **J. Grosmann**, Bahnhof-Strasse 3. Bromberg.

Ein junges Mädchen, welches in der Schneiderei geübt ist, sucht Beschäfti-gung bei Herrschaften. Zu erfragen Baderstr. 16. bei Hrl. Herrmann.

Ein Landwirth, und, sucht als solcher, Rechnungsführer oder Hof-zinspector ohne Gehalt Stellung. Gef. Off. Carl Krause, Bentschen, erbeten.

Ein im Affekursfache tüchtiger junger Mann, der bereits längere Zeit die General-Agentur einer der bestgeführten Feuervers. Gesell-schaften selbstständig verwaltet hat, sucht per 1. April c. geeignetes En-gagement.

Offerten werden sub J. M. 88 in der Exp. d. Btg. erbeten.

Einem tüchtigen **Farbgerathen** sucht **Bräuer Gräß**, St. Martin 54, Hof, eine Treppe.

Für mein **Manufaktur-Waaren-Geschäft** suche ich einen tüchtigen **Commis** mos. Glauens per 1. April c., der gute Zeugnisse besitzt und der polnischen Sprache mächtig ist. **E. Fink, Gnesen**

Eine geübte Puhmacherin sucht **Gahn's Strohhutfabrik**, Wasserstr. 14.

**Buchhalter.**

Für die Glasfabrik Kommitz wird zum sofortigen Antritt ein gut empfohle-ner **Buchhalter** (Schriftf.) gesucht. Offerten mit detaillirtem Lebenslauf und Zeugnissen wolle man richten an **A. Stosch**, Kommitz bei Bentschen.

Ein **weiter Wirthschaftsin-spector** aus anständiger Familie, der sich ersuchen in seinem Fache weiter-fortbilden will, findet zum 1. April d. J. Stellung. Dom. **Gr. Nybno** bei Welnau. Persönliche Vorstellung erwünscht.

**Stellengesuch.**

Ein erfahrener, mit den besten Zeug-nissen versehener **Gärtner** sucht eine Stelle vom 1. April ab zu übernehmen Adressen beliebe man an **W. Nowak**, Dom. **Velno** bei Wöngrowitz.

**Östrowo, Kreis Adelnau.**

Da ich für mein **Pensionat** eine in Berlin im Conservatorium des Pro-fessor Herrn **Stern** für Clavier und Gesang ausgebildete tüchtige Musik-lehrerin engagirt habe, wünsche ich Oftern noch 2 bis 3 **Pensionärinnen** aufzunehmen. Die Musiklehrerin, die viel Lehrentinnen der Anstalt, deren ein Französin ist, außerdem noch eine Engländerin und eine erfahrene Dame, die für das körperliche Wohl der Zöglinge sorgt, wohnen in meinem Hause. Pensionpreis incl. Schulgeld 450 M. mit Musikstunden 540 Mark.

**Amanda Schirmer**, Schul- und Pensions-Vorsteherin.

Ein **kathol. Erzieh.**, di-fertig englisch, franz., deutsch und etwat polnisch spricht, vorzügl. Zeugnisse be-sitzt, sucht Engagement durch Frau **Vindenberg**, Danzig, Hundegasse 98.

Ein **ältere Dame** mit vorzügl. Zeugn. sucht als **Repräsentantin** in gutem Hause Engagem. durch Frau **Vindenberg**, Danzig, Hundegasse 98.

Ein erfahrener **Brenner** wird zum selbstständigen Föhrung einer größeren Brennerei gesucht. Offerten sub **G. S.** in der Exp. dieser Zeitung.

**Schriftliche Arbeiten**

außer dem Hause werden gesucht. Gef. Off. unter **K. K.** in der Exp. der Pos. Btg. erbeten.

Pensionaire finden liebevolle Auf-nahme unter mit Nachhilfe. Zu er-frogen in der Exp. d. B.

**Ein Wirthschafter**

mit guten Attesten findet zum 1. April Stellung auf dem Dom. **Tarnowo** bei Kruschwitz. Gehalt 450 Mark.

Das **Domum Wolla** bei Znin sucht von sofort einen unver-heiratheten

**Gärtner.**

Gute Zeugnisse sind erforderlich. Gern wird es gesehen, wenn derselbe Soldat gewesen.

Ein **praktisch und theoretisch gebildeter und in allen Zwei-gen der Wirthschaft erfahre-ner Landwirth**, Sachse, 27 Jahre alt, 10 J. beim Pach, seit 3 Jahren auf einem größeren Gute der Pro-vinz Sachsen in fast selbstständiger Stellung, **sucht eine entspre-ch. Stellung, wemöglich in der Provinz Posen.**

Gef. Off. sub **A. K. 12** an Herrn Antmann **Meißner**, Rit-tergut Trebitz b. Bretsch a. Elbe, Prov. Sachsen erb.

Ein **Brennerei-Verwalter**, theoretisch und praktisch gebildet, mit allen neu-eren Systemen im Brennereifach ver-traut, wünscht, gestützt auf gute Zeug-nisse zum 1. Juli d. J. anderweitig Stellung. Gef. Off. bitte zu richten: A. W. 59, postl. Jaraczewo, Kreis Schrimm.

**Eine Wirthin**

in gepflegten Zahren, 3. Stübe d. Haus-raum, Gehalt 200 Mark, wird vom **Dom. Factorowo** p. Samotshin zum 1. April cr. gesucht.

Ein intell. cautionst. Inspec-tor wird zur selbstst. Leitung eines größeren Gutes bei Posen gesucht. Näh. auf schriftl. Mel-dungen sub S. 25 postl. Posen.

Ein Gärtner und ein unverheiratheter tüchtiger Rutscher erhalten Stelle in Potraywio b. Posen.

**v. Baitier.**

**Neue Betschule.**

Sonnabend, den 2. März, Vormit-tags 10 Uhr Predigt des Herrn Ge-meinde-Rabbiner.

**Der Vorstand.**

**Familien-Nachrichten.**

Als Verlobte empfehlen sich Freun-den und Verwandten **Abraham Hirsch Welnau**, **Hrl. Chiara Fedel**, **Wielkosto.**

Am 27. d. Mts. Abends 11 Uhr, verschied unser ältester Sohn, **Sugo**, was hiermit tief betrübt anzeigen **C. Gorn** nebst Frau.

Die Beerdigung findet Sonnabend, Nachmittags 3 Uhr, Breslaustr. 5, statt.

Am 26. d. M., Abends um 11 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden der Zimmermeister **Carl Preul** im Alter von 73 Jahren, welches allen seinen Freunden und Bekannten, um stille Theilnahme bittend, anzeigen **Gnesen**, den 27. Februar 1878. Die trauernden Hinterbliebenen.

**Auswärtige Familien-Nachrichten.**

**Berechlicht:** Gerichts-Assessor u. Prem.-Rath, **Carl Wegmann** mit Hrl. Tony Stein in Köln. Hrl. Philipp-ohn mit Hrl. Berlin Collin in Berlin. Carl Bewersdorff mit Frau. Helene Hoppe in Berlin.

**Gestorben:** Obersteuerrath a. D. August Freiherr von Schaurroth in Georgenthal. Pfarer **H. A. Taver-nier** in Schwedt. Rittergutsbes. Carl Witichow von Bese. Winiary auf Schloß Mellenhain. Pastor Adolf Neu-mann Tochter Johanna in Kriesch. Frau Geh. Regierungs-Rath Viddy v. Breitenbach, geb. von Klein in Wer-eburg. Stadt- und Kreisger. Rath Wilhelm von Almann in Magdeburg. Rentier Albert Rannenberg in Flatow. Herr. Frau Präsident Charlotte Sad, geb. Steinkopf in Berlin. Professor Dr. Adolf Schend in Weiburg. Oberstlieutenant a. D. Otto v. Graebe in Breslau. Frau Baumeister Louise Ludwig, geb. Haupt in Berlin. Herr-mann Joachim Tochter Alice in Ber-lin. Hrl. Marie Wandalet in Berlin. Ernst Gerhardt Tochter Gretchen in Charlottenburg. Superintendent und Oberprediger Franz Carl Ferdinand Martinus in Herzberg a. Elster. Pen-s. gl. Kr.-Kassenrentant Carl Friedrich Schulz in Charlottenburg. Euard Pofe in Potsdam.

**Kräftiger Mittagstisch.**

Port. 70 Pf., Abonnem. 65 Pf. wird verabreicht bei **Volkmann**, Jesuitenstraße 11.

**Königin Luise-Berein.**

Freitag, 1. März, Abends 7 Uhr, in der Aula der Realschule.

**10. Vortrag.**

Hr. Realschullehrer **Dr. Beck:** „Konrad von Marburg.“

Billets zu 75 Pf. in der Buchhand-lung von **V. Türk.**

**Im Hippodrom.**

Auf dem Kanonenplatz.

Täglich großes **Corso-Reiten.**

Anfang Abends 5 Uhr. Entree 30 Pf. Um zahlreichen Zuspruch bittet **W. Bartling.**

**B. Keilbronn's Volksgarten-Theater.**

Freitag, den 1. März: **Moses und Propheten.** Große Pofse mit Gesang.

**Interims-Theater.**

Freitag, den 1. März: **Größen-wahn.** Schwan in 4 Aufzügen von Julius Rosen. Die Direction.

**Bitte!**

Zur Unterstützung der völlig unbe-mittelten Familie des franken und des-halb stollenlosen Rabbiners **W. Weiz-blum** in Adelnau werden alle wohl-thätigen Menschenfreunde und Vereine um gütige Beiträge dringend gebeten, welche Herr Rabbiner Dr. **Schreiber** in Elbing zu übermitteln bereit sein wird. Herzerlichen Dank im Voraus al-len edlen Gebern, Gottes Segen den milden Herzen.